Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: Durch Austräger 1000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 8000.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prod.-Genossenschaft. — Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachm. Postscheckkonto: Breslau Nr. 810 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837. Einzelnummer 200 Mk.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 98. | Freitag, den 27. April 1923. | 5. Jahrgang.

Aus dem Inhalt:

Der Staatsgerichtshof verhandelt über die Auflösung der deutschvölkischen Freiheitspartei.

Ein in Essen stattgefundener Betriebsrätekongreß hat beschlossen, keine Kohle für den französischen Imperialismus zu fördern.

Der Pariser Kommunistenprozeß hat begonnen. Das Anklagematerial entpuppt sich als Spitzelwerk.

Die Württembergische Regierung hat ein Gesetz zum Schutze der Faszisten erlassen.

In Lausanne ist der Vertreter Sowjetrußlands eingetroffen.

Faszistischer Belagerungszustand in Württemberg.

Die Württembergische Regierung hat auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung eine Ausnahmeverordnung erlassen, die das Sprengen von Versammlungen, das Bilden von Sturmtrupps und den bewaffneten Besuch von Versammlungen mit Gefängnisstrafen bedroht.

Die Regierung, in der der Sozialdemokrat Keil sitzt, nimmt durch den Belagerungszustand das bis jetzt durch die Linke im Reichstag verhinderte Zuchthausgesetz gegen die Arbeiterschaft vorweg.

Die Württembergische Regierung, die gegen den Faszismus nichts unternahm, die die Expedition Hitlers gegen die württembergischen Arbeiter zuließ, greift ein in dem Augenblick, wo die proletarische Selbstschutzbewegung den Faszistenbanden unbequem wird.

Die Verordnung, dem Anschein nach gegen die Faszisten gerichtet, soll in Wirklichkeit sie vor der Arbeiterschaft schützen. Sie legalisiert den Terror des faszistischen Gummiknüppels, während sie die Selbstschutzbewegung des Proletariats unterdrückt.

Die Arbeiter Süddeutschland, die Arbeiter im Norden haben nach diesem neuen Sieg des Faszismus erst recht festzuhalten an ihrem Ziel: Proletarischer Selbstschutz.

Die Vorgänge in Katernberg.

Nach ungeheuerlicher Ausschlachtung der Mülheimer Ereignisse schreit jetzt die bürgerliche Presse über ein „Neuaufflackern des kommunistischen Putsches" in Katernberg. Dort haben in der Tat wieder blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitslosen und Orgesch stattgefunden.

Zur Beurteilung dieser Dinge ist es notwendig, sich vor Augen zu halten, daß die Bourgeoisie diese Schlächtereien braucht. Man will den Franzosen, den Engländern die „Gefahr der Bolschewisierung vormalen, man will die Notwendigkeit starker Polizei und des bürgerlichen Selbstschutzes beweisen, man will die Aufmerksamkeit vom kapitalistischen Hochverrat an der Ruhr ablenken, der darin besteht, daß die Zechenbesitzer die Bergleute trotz Besetzung zum Arbeiten zwingen wollen und den Franzosen die Kohle in die Hand spielen.

Die Bourgeoisie schafft sich die notwendigen „Putsche", indem sie sie provoziert. Man vergesse nie, daß es die Bourgeoisie ist, die die Arbeiterschaft in dieses Elend gestürzt hat, das in politisch ungeschulten und demoralisierten Elementen eine Verzweiflungsstimmung hervorruft. Die faszistischen Spitzel haben leichte Arbeit, diese Elemente zu regellosen Einzelaktionen zu verleiten, wenn nicht eine starke proletarische Macht ein genügendes Gegengewicht bildet.

Die Kommunisten spenden nicht wie die Reformisten Beifall, wenn bürgerliche Bestien undisziplinierte Proleten niedermetzeln. Sie wissen, daß diese Zusammenstöße Erscheinungen des Klassenkampfes sind, die zwar das Proletariat schwachen, aber nur dadurch zu verhindern sind, daß die gesamte Arbeiterschaft geschlossen und diszipliniert für die Forderungen der Arbeitslosen kämpft und dem Treiben der Provokateure entgegentritt. Die Kommunistische Partei arbeitet im Ruhrgebiet mit allen Kräften an dieser Zusammenschweißung der Massen.

So haben die Kommunisten auch in Stoppenberg und Katernberg in der Versammlung der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter eindringlich gewarnt, sich von den Faszisten zu Einzelkämpfen provozieren zu lassen. Es gelang nicht, die Arbeit der Provokateure voll unwirksam zu machen, wenn auch solche Metzeleien wie in Mülheim verhindert werden konnten.

Bei den blutigen Zusammenstößen wurde ein Arbeitsloser tödlich verwundet und mehrere verletzt. Gruppen von Arbeitslosen nahmen bei Faszistenführern erfolgreiche Durchsuchungen nach Waffen vor.

Die wüste Hetze der bürgerlichen Presse wird die Kommunisten nicht hindern, nach wie vor auch für die Erwerbslosen ihre Pflicht zu tun und die Verbindung der Gesamtarbeiterschaft mit ihnen herzustellen und dem Faszistentreiben entgegenzutreten. Die einige Arbeiterklasse ist nach dem kapitalistischen Hochverrat an der Ruhr jetzt die Macht, auf der allein der Abwehrkampf gegen die französischen Imperialisten wuchtet. Um so mehr muß sie sich den Rücken freihalten.

Der reaktionäre Brandherd.

Die deutschvölkische Freiheitspartei vor dem Staatsgerichtshof.

Breslau, den 27. April.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelte gestern unter Vorsitz des Senatspräsidenten Schmidt über die Beschwerde der deutschvölkischen Freiheitspartei gegen die Auflösungsverfügung der Ministerien des Innern von Preußen, Sachsen und Thüringen.

WTB.

Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof geben ein kleines Bild davon, wie dreist und unverfroren die konterrevolutionären Banditen in unserer demokratischen Republik ihr Spiel treiben. Obwohl nachgewiesen worden ist, daß die deutschvölkische Freiheitspartei nichts anderes ist als ein neuer Mantel für die alten konterrevolutionären Organisationen, wagen es die Faszisten, noch frech, ihre Partei als ein harmloses und verfassungsmäßiges (!) Gebilde hinzustellen. Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof zeigen aber auch deutlich, mit welcher Duldsamkeit sich die republikanischen Behörden die Provokationen der Reaktionäre gefallen lassen. Die Banditen bringen es fertig, vor dem Staatsgerichtshof die prinzipielle Frage zu stellen, ob eine Partei überhaupt aufgelöst werden kann. Das hindert sie natürlich nicht, in ihren Hetzblättern mit geradezu hysterischer Beharrlichkeit das Verbot der Kommunistischen Partei zu fordern.

Bezeichnend ist, daß vor dem Staatsgerichtshof die engen Beziehungen der Deutschvölkischen mit den bayrischen Nationalsozialisten festgestellt wurden. Zwar suchten die Völkischen das zu vertuschen. Mit Hitler sei lediglich ein „Freundschaftsabkommen" geschlossen worden. Wir glauben es gern! Ein Freundschaftsabkommen zum Arbeitermord und zur Beseitigung der republikanischen Staatsform! Die Gefährlichkeit der deutschvölkischen Freiheitspartei wird durch den Bericht des Wolffschen Telegraphenbüros zur Genüge gekennzeichnet, das darüber verlautet:

Vertreten sind das Reichsministerium des Innern sowie die Ministerien des Innern der drei Länder, die das Verbot erlassen haben. Für die Freiheitspartei sind erschienen Wulle, Henning, von Gräfe und Graf Reventlow. Das Verbot des preußischen Ministeriums des Innern, dem sich die Regierungen von Sachsen und Thüringen angeschlossen haben, ist am 23. März erfolgt und erstreckt sich auf die Partei einschließlich der Jugendvereinigung York von Wartenburg. Begründet wird das Verbot, wie der Berichterstatter, Reichsgerichtsrat Döhn, ausführte, damit, daß es sich um die versteckte Fortsetzung einer Anzahl verbotener Verbände handele, so der national-sozialistischen Arbeiterpartei, des Nationalverbandes deutscher Soldaten usw. Ferner habe sich die Partei der Führung Hitlers unterstellt. Ihr Ziel sei nach einer Aeußerung Gräfes auf Beseitigung des Parlamentarismus gerichtet, und zwar nicht nur auf verfassungsmäßigem, sondern auf gewaltsamem Wege. Deshalb wurden Hundertschaften, sogenannte Turnerschaften gebildet, die dem Kommando des Oberleutnants Roßbach unterstellt waren. Diese Turnerschaften stellten eine militärische Organisation dar, die zum Umsturz und zum Bürgerkrieg führen sollte. Sie selbst waren wieder ein Bestandteil des deutschvölkischen Kampfkorps und bildeten die Organisationsabteilung 2.

Rechtsanwalt Herold beantragte, Beschluß über die Vorfrage herbeizuführen, ob eine Partei überhaupt verboten werden kann.

v. Gräfe wandte sich gegen die Darstellung, daß die Gründung der Partei nur eine Maske gewesen sei, um die nationalen Verbände vor der drohenden Auflösung zu schützen. Den Parlamentarismus bekämpfe sie im Wege der Verfassung. Mit der nationalsozialistischen Partei sei lediglich ein Freundschaftsabkommen geschlossen worden unbeschadet all der Unterschiede im Programm, ohne daß von einer Verschmelzung oder einer Unterstützung Hitler die Rede sein könne. Für die Turnerschaften übernehme er volle Verantwortung. Sie seien antibolschewistisch eingestellt, aber nur in der Abwehr. (Wahrscheinlich in der Abwehr der Republik! D. Red.) Die völkischen Kampfkorps seien kein Teil der Freiheitspartei, sie setzen sich vielmehr aus allen möglichen Verbänden zusammen und bezweckten, sich der Regierung gegebenenfalls zur Verfügung zu stellen. (Zum Proletariermorden! D. Red.)

Es ist für jeden Arbeiter klar, daß Wolffs Telegraphenbüro nicht alles über die konterrevolutionären Rüstungen berichtet, was für das Proletariat Deutschlands wissenswert ist. Denn letzten Endes sind die Gräfe und Reventlow vom selben Stamme wie diejenigen, welche in den Wolffschen Telegraphenbüros die „öffentliche Meinung" fabrizieren. Aber das, was WTB. ausplaudert, genügt. Schon daraus ergibt sich für die Arbeiterschaft die unbedingte Notwendigkeit, proletarische Hundertschaften gegen die reaktionären Banden zu organisieren.

Je eher die Arbeiter damit beginnen, um so besser wird es für sie sein.

Sowjet-Rußland in Lausanne.

WTB. Lausanne, 26. April. Der russische Botschafter in Rom, Worowski, ist heute in Lausanne eingetroffen, um die russische Regierung offiziell auf der Konferenz von Lausanne zu vertreten.

Die Klassenjustiz.

Ein starkes Stück hat sich wieder die Hamburger Justiz geleistet. Der in ganz Deutschland sattsam bekannte antibolschewistische Hetzfilm „Der Todesreigen" lief wochenlang auch in Hamburg und wurde, als man mit ihm auch Arbeiterviertel aufsuchte, in der „Hamburger Volkszeitung" gebührend besprochen. Der Schluß hieß: „Arbeiter, merkt euch das!"

Diese „Aufforderung" und die Tatsache, daß der Ablauf des Films durch Vorstellungen beim Besitzer des Theaters verhindert werden konnte, genügte für die hamburgische Staatsanwaltschaft, gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Jensen und drei Arbeiter „Anklage wegen Landfriedensbruch", Aufruhr usw. Anstiftung zu erheben. Obwohl der Gerichtsführer, v. Thealers, und Angestellte bezeugten, daß von Gewalttätigkeit keine Rede sein konnte, daß in gütlichen Verhandlungen die Absetzung des Films vom Spielplan durchgesetzt worden sei, wurde ein Arbeiter zu drei, Genosse Jensen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Sämtliche Zeugenladungen und Beweisanträge des Verteidigers wurden glattweg abgelehnt.

Der Prozeß zeigt die Unverfrorenheit der reaktionären Klassenjustiz. Der Gerichtshof unterstellte als wahr, daß der „Todesreigen" ein Hetzfilm übelster Sorte ist gegen einen Staat, mit dem Deutschland in einem engen verträglichen Verhältnis steht und der gerade jetzt als einziger Staat der Welt sich rückhaltlos gegen den französischen Imperialismus im Ruhrgebiet wandte. Dieses Urteil ist nur zu erklären aus dem blinden Stoß der Reaktion gegen die kommunistische Bewegung, der sie damit einen Schlag zu versetzen glaubte.

So geschehen in Hamburg, das in seinem Parlament eine absolute Mehrheit der Arbeiterparteien hat. Die hamburgischen Arbeiter werden daraus lernen, daß sie sich selbst regieren und ihre Gesetze gegen die Bourgeoisie durchführen müssen, um der bürgerlichen Klassenjustiz endlich zu begegnen.

WTB. London, 26. April. Reuter meldet aus Vancouver: Ein amerikanischer Fisch-Schoner wurde am Dienstag in der Bucht von Solander von einem kanadischen Patrouillenboot beschossen, weil er verdächtig war, in verbotenen Gewässern gefischt zu haben.

Für die Arbeiterregierung!

Der Wille der Hamburgerarbeiterschaft.

Unsere Genossen in der hamburgischen Bürgerschaft haben einen energischen Vorstoß für die Arbeiterregierung im hamburgischen Staat unternommen. Die SPD.-Führer, die mit den bürgerlichen Parteien auf Gedeih und Verderb verbunden sind, bekamen Angst. Ihre Antwort lautete: strikte Ablehnung. Unsere Genossen erwarteten solche Selbstdemaskierung. Sie forderten vom Hamburger Senat, er solle „mit den Regierungen aller Länder mit Arbeitermehrheiten (Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Lübeck) Verhandlungen aufnehmen über Richtlinien, nach denen die Vertreter der Länder im Reichsrat gemeinsam Arbeiterforderungen durchsetzen". Weiter fragte Genosse Lindau als Sprecher der KPD.:

„Ist der Hamburger Senat bereit, zu erklären, daß er gegenüber der Bildung proletarischer Abwehrformationen gegen den Faszismus dieselbe wohlwollende Haltung einzunehmen gedenkt wie die sächsische Regierung nach der Erklärung Ministerpräsidenten Zeigner?"

Die Antwort der SPD. war ein Leitartikel des „Hamburger Echo", in dem die in die Enge getriebenen Stinnes-Sozialdemokraten den Senat der großen Koalition zu verteidigen suchten. Aber es gelingt ihnen nicht. Die Verteidigung wird zur Anklage gegen ihre eigenen demokratischen Parteigrundsätze. Wenn Demokratie für die Hamburger Stinnessozialdemokraten Unterwerfung unter den parlamentarischen Mehrheitswillen ist, und wenn in der Bürgerschaft die Arbeitervertreter die Mehrheit haben, so ergibt sich daraus als einzige demokratische Schlußfolgerung die des Genossen Lindau: der Arbeitersenat.

Die Hamburger Burgfriedenspolitiker ziehen diesen Schluß nicht, und beweisen nur, daß sie dem bürgerlichen Handels- und Bankkapital zuliebe die Vertretung der Arbeiterinteressen schamlos preisgeben.

Die SPD.-Strategen erklären, die große Koalition sei deshalb berechtigt, weil sie den Kaufmann neben dem Arbeiter mitberücksichtigt.

Diese Antwort war zu erwarten. Für die SPD. der Stinnes-Koalition kann es nur ein strikites Nein auf unsere Forderungen geben. Diese Antwort ist das Signal, das die sozialdemokratischen Arbeiter aufweckt, ihnen sagt, daß sie sich einsetzen für eine Regierung, die endlich Arbeiterinteressen vertritt. Daß dieses Erwachen einsetzt, zeigt der Verlauf der achtöffentlichen Massenversammlungen, die vom Fünfzehnerausschuß der Hamburger Betriebsräte zusammen mit der KPD., der KJ., dem Internationalen Bund der Kriegsopfer, dem Erwerbslosenausschuß und dem Deutschen Schiffahrtsbund am Sonntag, den 23. April einberufen worden waren.

Die Zustimmung war in allen Versammlungen vom aktiven Kampfgeist getragen. Viel sozialdemokratische Arbeiter waren erschienen, die Führer jedoch fehlten. Sozialdemokratische Arbeiter beteiligten sich an der Diskussion. Mit den Ausführungen der Referenten erklärten sie sich einverstanden.

Der Vorsitz war zum Teil von sozialdemokratischen Arbeitern besetzt. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die der Arbeiterschaft die Durchführung der Beschlüsse der internationalen Konferenz von Frankfurt zur Pflicht macht, die Erfassung der Sachwerte verlangt und auch zur Frage der Arbeiterregierung sowie der Bekämpfung von Faszismus und Wucher Stellung nimmt. Es heißt darin:

„Durch Bildung von proletarischen Abwehrhundertschaften in den Betrieben müssen die Organe geschaffen werden, die den schärfsten Kampf gegen den Faszismus aufnehmen.

Durch Unterstützung der Kontrollausschüsse ist Wucher und Preistreiberei sowie die

Zurückhaltung der Wären zu bekämpfen. Die Kontrollausschüsse sind staatlich anzuerkennen.

Dem Hamburger Koalitionssenat ist für arbeiterfeindliche Politik das schärfste Mißtrauen auszusprechen. Die Mitglieder der SPD. werden aufgefordert, dem Beispiel der sächsischen Parteigenossen zu folgen und dafür zu sorgen, daß auch die sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerschaft mit der Koalitionspolitik bricht."

Das ist der Wille der Hamburger Arbeiterschaft. Wie lange wird die SPD.-Führerschaft ihm noch trotzen? Auch in Sachsen hat sie sich mit Händen und Füßen gewehrt, mit Verleumdungen und Kommunistenhetze gearbeitet, und sabotiert heute noch ihre eigenen regierenden Parteigenossen auf Schritt und Tritt. Aber die Arbeiterschaft und vor allem der Wille der Parteimitglieder selbst zwang sie, wenigstens eine sozialistische Regierung unter Kontrolle der Arbeiter und mit einem von den Arbeitern diktierten Programm zu bilden.

Die wichtigste Aufgabe des hamburgischen Proletariats und der SPD.-Arbeiter ist es, die sozialdemokratischen Führer zu zwingen, so, wie in Sachsen, mit proletarischer Politik zu beginnen.

Die Parole muß lauten:

Kampf für die Landes-Arbeiterregierung.

Der Ruhrkrieg.

Die Franzosen haben bei Haltern a. d. Lippe ein Kommando von 50 Mann stationiert.

Infolge Besetzung der Zeche „Lothringen" und des Streiks der Belegschaft ist Herne ohne Gas.

Aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Mainz sind 29 Eisenbahner mit Familien ausgewiesen, in Kaiserslautern 53 Eisenbahner. Die Verhaftungen von Beamten und Eisenbahnarbeitern werden in verschärftem Maße fortgesetzt.

Die Kontrolle des Kohlenverkehrs wird rigoros ausgeübt. Die Besatzungsbehörden lassen sogar den Bergleuten ihre Deputatkohle beschlagnahmen. — Die Gewerkschaften aller Richtungen haben bei General Degoutte gegen die schikanösen Verkehrsbestimmungen Protest erhoben. — Die Milchversorgung des Ruhrgebiets hat sich ungemein verschlechtert.

In Kray ist es den streikenden Bergleuten gelungen, die ausländischen Arbeiter zum Ausstand zu veranlassen. Sie sind in großer Zahl in den Streik getreten, wodurch die Abfuhr der Haldenkohle empfindlich gestört wird.

In Mannheim dehnt sich die französische Besatzung aus.

Die Dörfer Neesbach, Mensfelden sowie der Bahnhof Niederbrechen sind von den Besatzungsbehörden ebenfalls als besetztes Gebiet erklärt worden.

WTB. Düsseldorf, 26. April. Die von den Franzosen seit einigen Wochen festgehaltenen Geiseln, welche die durch französisches Personal geführten Züge begleiten mußten, sind freigelassen worden.

WTB. Essen, 25. April. Die Familien von fünf verhafteten und im Gefängnis in Bonn sitzenden Eisenbahnern haben den Ausweisungsbefehl erhalten. — Aus Anlaß der Godesberger Gleissperrung haben 28 Eisenbahnbeamte den Ausweisungsbefehl erhalten; ihre Familien wurden ebenfalls ausgewiesen.

WTB. Münster, 25. April. Ueber Hattingen ist wegen angeblicher Beschießung eines französischen Postens und Zerstörung französischer Telephonleitungen vom 21. April ab eine verschärfte Verkehrssperre von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh verhängt worden, desgleichen über Sprockhövel, ebenfalls wegen angeblicher Zerstörung französischer Telephonleitungen. Das Postamt in Sprockhövel wurde von den Franzosen besetzt und geschlossen.

Im Warenhaus Fischer besetzten französische Soldaten die Sportabteilung, der verhaftete Geschäftsführer wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

In Osterfelde und Oberhausen wurden zwei Eisenbahner, die Lohngelder auszahlten, mit der Begründung, daß sie Streikgelder verteilten, von den Franzosen verhaftet.

WTB. Oberhausen, 25. April. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurden die Anschlußbahnen der Hüttenzechen „Gute-Hoffnung-Hütte", „Rheinhausen" und „Bollum" durch die Franzosen besetzt, desgleichen die Zechen Altstaden-Mülheim. Die Franzosen haben für die Verhaftung besonders von Kriminalbeamten, die sich im Besitze von Waffen befinden, eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt.

WTB. Bochum, 25. April. Die Zeche Prosper II in Bottrop ist wieder geräumt.

Auf die Nerven gefallen!

Unsinnige „Volkswacht"-Lügen.

Die alte Tante „Volkswacht" ist aus dem Häuschen geraten. Sie hatte sich schon so gefreut, daß die Einheitsfront mit den Kapitalisten wieder hergestellt war, um die Kapitulation an Ruhr und Rhein auf Kosten der Arbeiter zu vollziehen. Und da kommen die landesverräterischen Kommunisten und sagen dem Proletariat, was diese „Einigung" zu bedeuten hat.

In einer halben Spalte versucht die „Volkswacht", sich mit uns auseinanderzusetzen. Da ihr jeder politische Verstand fehlt, kommt sie mit den alten Märlein, die Kommunisten gingen mit den Reaktionären zusammen. Die tausendmal wiederlegten Lügen von kommunistischer Tätigkeit mit den Rechtsradikalen sind der ganze geistige Schatz der „Volkswacht"-Schreiber. So wirft das Blatt uns jetzt wieder vor, daß wir die Reaktionäre in der Kriegshetze bestärken und hetzt daß mit einem Artikel des Genossen Eisenberger über die Rote Armee Rußlands in der „Roten Fahne" zu beweisen. Die beschränkten Kleinbürger in der „Volkswacht"-Redaktion können absolut nicht begreifen, daß es eine Solidarität der deutschen Arbeiter mit den russischen Rotgardisten gibt und daß darum die deutsche Arbeiterschaft auf Unterstützung der Roten Armee im Kampfe gegen die Weltbourgeoisie rechnen kann. Wir halten es nicht für nötig, uns mit der „Volkswacht" über die Kriegshetzer auseinanderzusetzen. Denn die Durchhaltepolitik dieses Blattes während des Krieges ist jedem sozialdemokratischen Arbeiter Breslaus bekannt.

Die „Volkswacht" versucht dann weiter, sich mit uns politisch auseinanderzusetzen. Und das hat schon was zu bedeuten! Sie ist empört darüber, daß wir über „Die Kapitulation der deutschen Bourgeoisie" höhnen. Die „Volkswacht" irrt sich sehr! Wir höhnen nicht darüber, sondern wir stellen einfach die Tatsache fest. Die Politik des passiven Widerstandes, die von der „Volkswacht" verteidigt und belobhudelt wurde, ist bankrott. Die Kapitalisten können dabei nichts verdienen und darum wollen sie jetzt kapitulieren.

Wir haben ferner nicht behauptet (wie uns die „Volkswacht" jetzt in den Mund legen möchte), die Kapitulation sei zwischen Stinnes und Hermann Müller abgeschlossen. Wir haben wiederum lediglich die Tatsache festgestellt, daß zwischen Stinnes und Hermann Müller Einmütigkeit über die Durchführung der Kapitulation besteht. Das geht deutlich aus der Rede Müllers vor den Berliner SPD.-Funktionären hervor, in der er gegen den Protest der sozialdemokratischen Arbeiter das Stinnesprogramm zur Verständigung entwickelte. Mit der „Volkswacht" bezweifeln auch wir, daß Stinnes mit Hermann Müller die Kapitulation abgeschlossen hat. Soviel Ehre wird Stinnes dem Herrn Müller wohl nicht erweisen, noch dazu, da er weiß, daß ihm dessen Dienste sicher sind.

Weiter meint die „Volkswacht", wir hätten die Mülheimer Unruhen als Erleichterung der deutsch-französischen Verständigung bedauert. Wir haben nicht bedauert, sondern festgestellt und sind uns dessen gewiß, daß die Mülheimer Unruhen von der deutschen Bourgeoisie provoziert wurden, um dadurch die Aufmerksamkeit von der sich vollziehenden Kapitulation abzulenken.

Mit Mussolini hätte die „Volkswacht" besser nicht aufwarten sollen. Denn jeder Arbeiter weiß, daß Mussolini einmal Genosse der „Volkswacht"-Leute war und sein Meister Tosle noch immer Mitglied der VSPD. ist.

Die Tatsache, daß die „Volkswacht" in so nervösem Ton über uns herzieht, sagt uns, daß wir den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Wir gehen nur deshalb auf das Geschreibsel ein, um den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, wie armselig ihre Breslauer Führer sind und mit welch gemeinen Verdrehungen die „Volkswacht" darum gegen die Kommunisten hetzt. Eine politische Auseinandersetzung mit jenen Skribifaxen selbst — das zeigt erst dieser Fall wieder drastisch — lohnt sich nicht, denn — gegen Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens.

Keine Kohle den französischen Imperialisten.

Kampfbeschluß des Essener Betriebsrätekongresses.

Am 25. April tagte in Essen der Betriebsräte-Kongreß für die Bergbau- und Hüttenbetriebe. Trotz der ungünstigen Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet war der Besuch außerordentlich gut. Die einzelnen Orte hatten in Anbetracht der Verhältnisse Delegationen entsandt, die zugleich mehrere Betriebe und Kumpane vertraten. Vertreten waren 330 Betriebe und 135 Schachtanlagen. Nach der Partei- und der Organisationsangehörigkeit setzten die Delegationen sich zusammen wie folgt: KPD. 94, SPD. 5, Parteilose 45, Union, Gelsenkirchen 81, Bergarbeiterverband 19, Hirsch-Dunker 2, Christen 1, Metallarbeiter 21, Bauarbeiter-Verband 6, Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband 2, Heizer- und Maschinisten-Verband 5, Syndikalisten 7. Aus der Hauptresolution, welche einstimmig angenommen wurde, geben wir folgendes wieder:

„Der Betriebsrätekongreß stellt fest, daß es den französischen Imperialisten leider gelungen ist, einige Erfolge im Kampf um die Ruhrkohle zu erringen. Die französischen kapitalistischen Wölfe konnten aber nur deswegen Beute im Ruhrgebiet machen, weil die deutschen Kapitalisten ihre Profitinteressen hoch über die Interessen der Nation stellen und lieber eine Regierung Poincare sehen, als einen Verlust an ihrem Profit. Deshalb muß das Proletariat Deutschlands alles tun, um die Macht der Ottanes und Genossen zu brechen, die Regierung Cuno zu verjagen und an ihre Stelle eine Arbeiterregierung zu setzen, die allein einen wirklichen Frieden für das arbeitende Volk erkämpfen kann. Das nächste Ziel der Bergarbeiter im Kampf gegen den französischen Imperialismus ist, zu verhindern, daß der französische Imperialismus an der Ruhr Kohle verdient. Die hochverräterische, verbrecherische Profitsucht der Zechenbarone ging so weit, daß die Halden wachsen, während viele Bergarbeiter nicht einmal ihre Deputatkohle geliefert bekommen. Heute stehen schon Tausende von Bergarbeitern da ohne Deputatkohle. Die französischen Militaristen haben auch diese Kohlen, die zum Lohn der Bergarbeiter gehören, gestohlen und verlangen nun von den Bergarbeitern, daß sie bei den französischen Behörden darum betteln sollen, daß sie ihre Deputatkohle nach Hause bringen dürfen. Der Betriebsrätekongreß lehnt dieses freche Ansinnen der französischen Behörden mit aller Entschiedenheit ab. Die klassenbewußten Bergarbeiter denken gar nicht daran, bei den französischen Offizieren um das nachzusuchen, was ihnen nach jahrhundertealtem Recht gehört. Es müssen folgende Maßnahmen sofort durchgeführt werden:

1. Zwecks Verhinderung der Erfassung der auf den Halden lagernden Kohlen durch Poincare muß sich die Bergarbeiterschaft geschlossen die Deputatkohle holen, ohne um die Erlaubnis der Offiziere zu bitten. Auf allen Zechenanlagen müssen sofort Kohlenverteilungsausschüsse gebildet werden.

2. Verteilung der Kohlenhalden an die werktätige Bevölkerung.

3. Keine Arbeit unter Bajonetten.

4. Keine Arbeit, wenn die Möglichkeit besteht, daß die Kohle in die Hände Poincares fällt.

Es wurde eine Delegation gewählt, die mit übrigen Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten beauftragt wird.

Der Bourgeoisie ist das Stattfinden dieses Kongresses höchst unangenehm. Darum sucht WTB. die verängstigten Kapitalisten zu trösten:

WTB. Essen, 26. April. Bei dem gestrigen Betriebsrätekongreß handelt es sich um eine fast ausschließlich kommunistische Veranstaltung die nicht entfernt die Allgemeinheit der Arbeiterschaft vertritt, sondern kommunistischen Bestrebungen dienen soll.

Sonderbar, daß auf dieser ausschließlich kommunistischen Veranstaltung 5 sozialdemokratische und 45 parteilose Arbeiter anwesend waren.

Uebrigens hat WTB. recht, es handelt sich um kommunistische Bestrebungen. Einfach deshalb, weil es immer das Bestreben der Kommunisten ist, dem Proletariat im Kampfe zu helfen.

Gegensätze in der VSPD. Thüringens.

Wie unser Parteiblatt, die „Neue Zeitung" in Jena mitteilt, ist es innerhalb der Landtagsfraktion der VSPD. in Thüringen in einer wichtigen Frage zu ernsten Gegensätzen gekommen.

Im Thüringer Landtag war von der KPD.-Fraktion ein Antrag der kommunistischen Jugend zum Schutz der Arbeiterjugend eingebracht worden, der 10 sozialpolitische Punkte enthielt. Die Sozialdemokraten wandten sich gegen diese selbstverständlichen Forderungen der gesamten arbeitenden Jugend. Die Genossen Geithner und Neubauer rechneten gründlich mit der bürgerlichen Auffassung der Undurchführbarkeit der Forderungen ab. Um den „Freunden" der Jugend Gelegenheit zu klarer Stellungnahme zu geben, brachte die kommunistische Fraktion einen Antrag ein, wonach die thüringische Regierung ersucht wird, im Reichsrat für die Abänderung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen einzutreten, die der Erfüllung der Forderungen der kommunistischen Jugend entgegenstehen. Bei der Abstimmung über diesen Antrag entstand ein klaffender Riß in der VSPD. Nur die frühere USPD. stimmte für den kommunistischen Antrag. Die Abgeordneten Kieß, Frölich, Leber, Frau Sachse und Konsorten stimmten dagegen. Mit 12 gegen 12 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt und damit der Jugendschutz begraben. Die VSPD. in Thüringen hat also wichtige Grundforderungen der gesamten Jugend zu Fall gebracht, ein erneuter Anlaß, um auch in Thüringen den Kampf um die Arbeiterregierung noch energischer aufzunehmen als bisher.

Der Pariser Kommunistenprozeß.

Drei elende Spitzelmachen.

Beim Verhör der Genossen Sachin und Monmousseau kam vor allem das sogenannte „Hamburger Falsifikat", ein angeblicher Brief mit der Unterschrift Geschkes, das als Belastungsmaterial gegen die Angeklagten dienen soll, zur Sprache. Die Sachverständigen erklärten, daß der deutsche Text von grammatischen Fehlern wimmelt und von jemandem geschrieben sein muß, der die deutsche Sprache sehr mangelhaft kennt. Auch die Fälschung der Unterschrift wurde festgestellt. Demnach brach diese Spitzelmache elend zusammen. Der Untersuchungsrichter holte aber aus den Akten zwei weitere ähnliche Stücke hervor. Beide wurden dem Gericht von der Spionageabteilung des Kriegsministeriums zugestellt. Das eine ist eine vom Kriegsministerium „beglaubigte" Kopie eines angeblichen Briefes, der am 12. Januar 1923 von einem „Pariser Revolutionskomitee" an das „Internationale Kommunistenbureau für Militärfragen in Berlin" gerichtet sein sollte. Das Original dieser blöden Spitzelmache wurde vom französischen Kriegsministerium wohlweislich zurückbehalten. Das dritte Prunkstück des Beweismaterials ist ein angebliches „Protokoll" der Essener Konferenz. Dieser Spitzelbericht wimmelt ebenfalls von Torheiten, so daß ihm die Fälschung auf hundert Meilen angemerkt ist. An Hand dieses Beweismaterials sollen nun unsere französischen Genossen abgeurteilt werden. Der Untersuchungsrichter kam zu einer höchst peinlichen Situation. Aus den Akten werden Angeklagte, die der Urkundenfälschung überführt werden sollen.

Die KP. Frankreichs zum 1. Mai

Die Zentrale der KP. Frankreichs schlägt dem Sozialdemokratischen Partei vor, die Demonstrationen am 1. Mai gemeinsam im Zeichen der Einheitsfront zu organisieren. Die Aufforderung weist auf die drohenden Gefahren und die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz hin. „Die Tatsache, daß die französische Regierung der aggressivste Vorkämpfer des Weltimperialismus geworden ist, auferlegt den französischen Arbeiterorganisationen ganz besondere Pflichten und eine schwere Verantwortung gegenüber der Arbeiterschaft der besiegten Länder. Eine gemeinsame Kundgebung würde auch die Massen der Unorganisierten mitreißen und in der Arbeiterbewegung Frankreichs von geschichtlicher Bedeutung sein". Die KP. schlägt ferner den Sozialisten vor, sich an der Agitationswoche gegen die Ruhrbesetzung, den Versailler Vertrag, die imperialistische Politik des Nationalblocks und die drückenden Lasten dieser Politik zu beteiligen und der Einberufung eines Weltarbeiterkongresses zuzustimmen.

Der Maifeier-Ersatz in Italien.

Wir meldeten bereits, daß Mussolini den 1. Mai abgeschafft und dafür den 21. April, den Tag der Gründung Roms, als Feiertag der Arbeit bestimmt hat. Ueber den Verlauf dieses „Feiertages" wird der Berliner „Roten Fahne" aus Rom gemeldet:

Aus Anlaß des für den 21. April von der faszistischen Regierung festgesetzten Nationalfeiertages, der den 1. Mai ersetzen soll, waren alle staatlichen und städtischen Stellen, wie auch alle Läden geschlossen. Eine große Parade der faszistischen Miliz und der militärischen Abteilungen ist in Anwesenheit Mussolinis abgehalten worden. Daraufhin bildete sich ein riesiger Zug der faszistischen Organisationen und Gewerkschaften. Infolge des Beschlusses des Ministerrates, daß das in den Arbeitsverträgen festgesetzte Feiern des 1. Mai auf den 21. April zu übertragen ist, standen ganz Italien die Betriebe still. Die Handelsunternehmungen waren geschlossen, auch in den Dörfern wurde nicht gearbeitet.

*

Die kommunistische Zeitung „Il Lavoratore" fordert die italienische Arbeiterschaft auf, trotz des Verbots der Faszistenregierung, die bekanntlich die Feier am 1. Mai verboten hat, diesen Tag nach Möglichkeit überall feierlich zu begehen, und ihn der Stärkung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Agitation für den Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu widmen. „Il Lavoratore" gibt für den 1. Mai eine spezielle Propagandanummer heraus, die unter der Arbeiterschaft verbreitet werden soll.

Kurze Meldungen.

Kapitulation englischer Gewerkschaftsführer. WTB. London, 26. April. Die drei Gewerkschaften der Tischler, Kesselschmiede und Klempner der Schiffahrtsindustrie, die es bisher ablehnten, das allgemeine Abkommen betr. Ueberstunden und Nachtarbeit zu ratifizieren, sodaß eine allgemeine Stillegung der Schiffahrtsindustrie drohte, haben beschlossen, die Gewerkschaftsbedingungen anzunehmen. — So kapitulieren auch die englischen Gewerkschaftsbürokraten aus Angst vor einem Kampfe. Ganz wie ihre deutschen Kollegen.

Der Streik der amerikanischen Hafenarbeiter. WTB. Newyork, 26. April. Der Streik der Hafenarbeiter, der gestern begonnen hat, macht sich in Newyork wenig geltend. In anderen östlichen Häfen sind einige Schwierigkeiten entstanden. In den Häfen des Stillen Ozeans sind nur wenige Arbeiter in den Ausstand getreten.

Keine Unruhen in Rußland. WTB. Moskau, 24. April. Pressenachrichten über in Nikolajew ausgebrochene Unruhen werden von der russischen Telegraphen-Agentur als aus der Luft gegriffen bezeichnet. Die Ordnung sei in Nikolajew nicht gestört worden. Ueber die Ursachen des Brandes des Nikolajewer Elevators sei eine Untersuchung eingeleitet worden.

Zersetzung der georgischen Menschewistenpartei. Die Partei der georgischen Menschewisten, ein Paradestück der 2. und 2½. Internationale und ihren Sowjethetzen, ist in voller Auflösung begriffen. Die Tiflisser Presse veröffentlicht täglich Briefe zahlreicher Menschewisten, in denen sie ihren Austritt aus dieser bankerotten und gegenrevolutionären Partei ankündigen.

25 Bergleute verunglückt. WTB. London, 26. April. Bei einem Trambahnunglück in der Nähe eines Bergwerks bei Llenelly (England) wurden fünf Bergarbeiter getötet und zwanzig verwundet.

Ein Dampfer gestrandet — Die Besatzung verschwunden. WTB. London, 26. April. Wie Reuter aus Kapstadt meldet, ist der portugiesische Dampfer „Mossamedes" an der Küste von Südwestafrika bei Kap Frio gestrandet. Ein australischer Dampfer stellte fest, daß das gestrandete Schiff verlassen war.

WTB. London, 26. April. Von den Passagieren und der Besatzung des untergegangenen portugiesischen Postdampfers „Mossamedes" sind 287 Personen, war keine Spur zu entdecken, ebenso wenig von treibenden Booten. Das andere Schiff setzt seine Nachforschungen fort.

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Nummer 98 — 5. Jahrgang.

Breslau. Lokales.

Ein frivoles Spiel der Straßenbahndirektion.

Straßenbahner seid gewarnt!

Die Direktion der Städtischen Straßenbahn greift jetzt zu niederträchtigen Mitteln, um die Massenentlassungen vornehmen zu können. Sie versucht jetzt Uneinigkeit in die Reihen der Straßenbahner zu tragen. Zu diesem Zwecke werden die älteren Straßenbahner gegen die jüngeren aufgehetzt. Man sagt den älteren, es sei ungerecht, daß sie die Arbeit strecken und ihre Familien hungern müssen. Dafür sollten lieber die jüngeren Kollegen entlassen werden. Es muß jedem Straßenbahner auffallen, daß die Direktion plötzlich so sehr ums Wohl der älteren Straßenbahner besorgt ist. Das frivole Spiel wird aber von jedem Straßenbahner sofort erkannt. Die Straßenbahnverwaltung will die geschlossene Abwehrfront der Straßenbahner brechen und dann die jüngeren Fahrer und Schaffner aufs Pflaster werfen.

Aber noch etwas anderes hat die Direktion im Auge; Sie hat bisher die Erfahrung machen können, daß in allen Kämpfen mit der Straßenbahnerschaft die jüngeren Kollegen am tatkräftigsten die Interessen der Arbeiter vertraten. Nun rechnet die Direktion darauf, da sie mit den älteren Straßenbahnern ein leichtes Spiel haben wird, wenn die jüngeren erst aus dem Betriebe geworfen sind.

Die gesamte Straßenbahnerschaft muß dieses Manöver durchschauen. Es darf keinen Bruderkampf geben zwischen den Straßenbahnern. Die geschlossene Kampffront muß gegen die allzeit provozierende Direktion gerichtet sein. So werden sich die städtischen Straßenbahner ein für allemal ihre Interessen sichern.

Stadtverordnete als Denunzianten.

Uns wird von einem Straßenbahner geschrieben:

In letzter Zeit haben sich vielfach Breslauer Stadtverordnete eifrig betätigt, das Fahrpersonal der städtischen Straßenbahn wegen allerlei Lappalien zu denunzieren. Es soll nicht abgestritten werden, daß tatsächlich zuweilen Verfehlungen vorkommen, doch viel häufiger liegt ein Versehen des Beamten vor, daß dieser dann schwer zu büßen hat. Der Dienst ist jetzt durch die vielen verschiedenen Fahrpreise (der Fahrer muß zwölf Fahrscheinblocks bei sich haben) so erschwert, daß Irrtümer leicht vorkommen.

Glauben die Stadtverordneten etwa, daß sie auf diese Art die Straßenbahn rentabler gestalten, oder die Massenentlassungen ersetzen zu können?

Das ist sehr bedauerlich, daß diese Schikanen gegen die Straßenbahner auch von sozialdemokratischen Stadtverordneten betrieben werden, die dann auch flugs zur Direktion laufen. Die Straßenbahner waren bisher der Ueberzeugung, daß das Arbeitervertreter seien, aber nun . . .

Radrennen in Grüneiche. Der „Große Preis von Ostdeutschland“ wird bereits auf dem Grüneichener Zement in diesen Tagen eingeleitet. Das ganze Heer der hiesigen Berufs- und Herrenfahrer ist schon seit Tagen im eifrigsten Training. Einen besonderen Genuß verspricht an dem Renntage das Vereins-Mannschaftsfahren der Vereine des Gaues 24 vom BDR. 23 Mannschaften, das sind 46 Flieger, haben sich bis jetzt zu diesem Rennen gemeldet und werden bei dieser Zahl von Fliegern und der über 10 000 Meter führenden Strecke des Rennens die allerschärfsten Kämpfe nicht ausbleiben. Die besten Eisen sollen die Vereine „Adler“ und R. V. 87 mit ihren Fahrern Heidenreich und Nickel und deren Partner im Feuer haben, aber bei einer so überwältigenden Zahl von Mannschaften sind Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. Die hiesigen Berufsflieger, die seit dem letzten Rennen auch äußerst fleißig trainiert haben, werden in ihrem Haupt und Vorgabefahren auch schon viel bessere Form an den Tag legen und muß es sich nun zeigen, ob der gut veranlagte Buchwald seine vorjährige Form gefunden hat. Auch die Gebrüder Weber scheinen in diesem Felde in der neuen Saison von vornherein eine bessere Rolle, wie im vergangenen Jahre, spielen zu wollen. Erich Rosenberger, den wir lieber im „Kleinen Preis von Ostdeutschland“ gesehen hätten, wird sich ebenfalls die denkbarste Mühe geben, um seinen Konkurrenten den Weg zum Ziel verlegen zu können, denn sein Fahren ist immer äußerst zuverlässig gewesen. Im „Kleinen Preis von Ostdeutschland“ über 30 Kilometer darf man gespannt sein, wie sich Meier und Pasternack hinter der 60 cm. Rolle vorstellen werden. Meier hat in Dauerrennen schon eine sehr gute Fahrweise gezeigt und dasselbe kann man von Trenzik behaupten. Für Pasternack steht viel auf dem Spiel, bisher hat er noch nicht gezeigt, woraus man eine gute Veranlagung für einen Dauerfahrer schließen könnte, aber dieses Mal hat er sich den guten Kopf und langen Rücken des hiesigen Schrittmachers Schubert gesichert und müßte er hinter diesem unbedingt seinen Gegnern das Hinterrad zeigen, wenn er Anspruch auf weiteres Vorwärtskommen erheben will. Von Neumann können wir nach seinen bisherigen Leistungen nicht begeistert sein. Er ist auch in diesem Jahr in keinem von ihm bestrittenen Rennen über den letzten Platz hinausgekommen und, wenn er jetzt nicht endlich Besseres zeigt, halten wir es für richtiger einen Fahrer wie Rosenberger in solchen Rennen Neumann vorzuziehen. Im „großen Preis von Ostdeutschland“ wird besonders das Erscheinen des deutschen Meisterfahrers Wittig und des seit vorigen Sommer wieder zu neuem Leben erwachten Europameisters Stellbrink von der hiesigen Radsportgemeinde begrüßt werden. Stellbrink hat auf dem Berliner Zement in diesem Jahre seinen jüngeren Kollegen schon mehrere Male den Weg zum Zielband gezeigt und er weiß genau, daß er bei uns eine große Anhängerschaft besitzt, die er nur durch gutes Fahren befriedigen kann. Die ausdauernde Fahrweise von Wittig hat diesen schon zeitweise zum Liebling der hiesigen Radsportgemeinde gemacht und er wird auch im „Großen Preis von Ostdeutschland“ wieder seine alte Zähigkeit beweisen und jeder, der das Rennen gewinnen will muß an ihm vorbei seinen Weg finden. Die großen Sympathien, die sich der Frankfurter Weiß hier am Platz erfreut, sind bestimmt nicht unverdient, denn wenn wir der Wahrheit die Ehre geben, müssen wir Weiß zugestehen, daß er fast alle von ihm auf unserer Bahn bestrittenen Rennen durch seinen unermüdlichen Angriffsgeist und sein braves Fahren interessant gestaltet hat. Wie sich unser neuer Lokalmatador Schubert in seiner Gefolgschaft ausnehmen wird, ist erklärlicher Weise wieder aller Interesse. Gelingt es ihm an einem seiner Gegner vorbeizukommen oder diesen nicht an sich vorbeizulassen, so macht er entschieden wieder einige Schritte in seiner Laufbahn als Rennfahrer vorwärts und bei seiner guten Veranlagung und der taktisch und praktisch zu bewährenden Führung seines Bruders müßte ihm dieses, mit dem nötigen Ehrgeiz und wenn er die genügende Energie besitzt, unbedingt gelingen. Am Freitag den 27. und Sonnabend den 28. 4. nachmittags 5 Uhr sind sämtliche Flieger und Steher im öffentlichen Training zu beobachten.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Debatte über die Bestattungskosten — Um die Verlegung des Magdalenengymnasiums — Bewaffnete Roßbachleute als „Wachgesellschaft“ in Breslau.

Trotz einer sehr kurzen Tagesordnung zog sich die gestrige Sitzung der Stadtverordneten sehr in die Länge. Die Stadtväter hatten ein bei ihnen ungewöhnliches Bedürfnis, grobe Reden zu schwingen. Allerdings standen auch Punkte auf der Tagesordnung, bei denen es sich um heiß umstrittene Fragen handelt, wie z. B. die Verlegung des Magdalenengymnasiums. Zwischen der VSPD. und den Sozialdemokraten gab es einiges Geplänkel, das aber die Einheitsfront bei Bewilligung einer neuen Gaspreiserhöhung nicht zu stören vermochte. Für die Breslauer Arbeiterschaft sind die Feststellungen des sozialdemokratischen Stadtverordneten Freh von Bedeutung, daß bei einer Breslauer Wachgesellschaft ehemalige Roßbachleute untergebracht sind. Die Sozialdemokraten erwähnen das so nebenbei, als sei es weiter nichts. Dabei nehmen sie den Faszismus, wie die „Volkswacht“ versichert, „an sich ernst genug“. Was sie unter ernst genug verstehen, zeigt dieser Fall.

*

Kurz nach 5 Uhr wurde die Sitzung vom Vorsteher Bandmann eröffnet. Es dauerte nicht lange und es entwickelte sich eine Debatte über **die Erhöhung der Gebühren der städtischen Friedhofsverwaltung.** Die Vorlage sah vor, diese Gebühren nach dem Einkommen des Verstorbenen zu staffeln, um so den sozialen Ungleichheiten Rechnung zu tragen. Sie erwies sich als

ein Produkt unbeholfener Kleinbürger.

Denn es wurde in der Debatte hervorgehoben, daß man doch unmöglich von den Hinterbliebenen eine Gebühr nach dem Einkommen des Verstorbenen erheben kann, wo doch gerade durch dessen Tod das Einkommen wegfällt. Die Bürgerlichen liefen Sturm gegen diese Staffelung und wünschten dafür eine solche nach Vermögen. Wohlweislich deshalb, weil sie ihr Vermögen verschleiert und ins Ausland verschoben haben. Der sozialdemokratische Fachmann, Widera, verkannte nicht die damit verbundene Belastung der Arbeiterschaft, wußte sich aber keinen anderen Ausweg und empfahl die Vorlage anzunehmen. Die Vorlage wurde aber trotzdem in den Ausschuß 8 geschickt. — Wenn die Sozialdemokraten glauben, dadurch die Besitzenden zu erfassen, so sind sie sehr auf dem Holzwege. Denn die verstehen ihr Einkommen ebenso zu verschleiern wie sie ihr Vermögen verschleiern.

Die Verlegung des Magdalenengymnasiums wurde wieder reichlich besprochen. Diesmal jedoch mit etwas weniger Leidenschaftlichkeit. Der sozialdemokratische Berichterstatter Dr. Kayser führte zu der Magistratsvorlage an: Das Magdalenengymnasium braucht 18 Klassen. In der Pestalozzischule, nach der es verlegt werden soll, sind aber nur 9 Klassen frei, sodaß noch weitere 9 Klassen freigemacht werden müßten. Danach müßten mehr als 400 Volksschulkinder aus der Pestalozzischule herausgenommen werden. Diese Ausführungen wurden durch Frl. Nowak (Zentr.) erläutert, die betonte, daß nicht 9 sondern 12 Volksschulklassen aus der Pestalozzischule herauskommen müßten. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Freh wandte sich gegen einen Artikel in der „Breslauer Zeitung“, was dann Anlaß zu einem Skandalchen gab. Der Berichterstatter dieser Zeitung sandte an den Stadtv. Freh nämlich einen Zettel, durch den sich dieser beleidigt fühlte. Stadtv. Freh stellte die Frage, was aus dem Magdalenengymnasium werden soll. Die Vorlage wurde in die Ausschüsse 2 und 3 geschickt.

In verhältnismäßig kurzer Zeit wurden zwei Dringlichkeitsanträge auf **Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter** und zur Deckung der daraus entstehenden Kosten auf

Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität

erledigt. Sozialdemokrat Darf lobte die Stadt Breslau, die, trotzdem eine hohe Steuer auf dem Gas liegt, eine der billigsten Städte ist. Der Stadtverordnete Lesse wies demgegenüber darauf hin, daß München noch einen Gaspreis von 500 Mark hat. Bei der Beratung über diesen Punkt plauderte der SPD.-Stadtverordnete Otte aus der Schule. Er führte aus:

„Wir haben in der letzten Sitzung eine Kommission gewählt, die über die Entkommunalisierung befinden soll. Wenn es soweit kommen sollte, daß die städtischen Betriebe in die Hände der Privatindustrie übergehen, dann gebe ich ihnen Brief und Siegel, daß dann der Gaspreis noch viel höher ist.“

Die Sozialdemokraten geben jetzt also selbst zu, daß die Kommission über die Frage der Entkommunalisierung, und nicht über die Frage der Rentabilisierung befinden soll.

Eine Anfrage des Demokraten Wolf, was der Magistrat zur Gewährleistung der Sicherheit der Einwohnerschaft und des Eigentums zu tun gedenke, rief eine Debatte über

die überhandnehmenden Diebstähle

hervor. Wir werden über diesen Punkt morgen besonders berichten. Heute sei nur hervorgehoben, daß der Stadtverordnete Freh (SPD.) Angaben machte, nach denen bei einer Breslauer Wachgesellschaft ehemalige Roßbachleute untergebracht sind und bewaffnet in in der Stadt herumlaufen. Auch darauf kommen wir morgen zurück.

Der Deutschnationale Thum führte die Verwahrlosung der Jugend, die bei dieser Vorlage mit zur Sprache kam, nicht auf die schädlichen Folgen des Völkermordens zurück. Er meinte vielmehr, das sei eine Folge der Propaganda der Kommunistischen Kindergruppen und verlas einige Sätze aus einem Flugblatt der KJD. die absolut nicht mit den wachsenden Diebstählen in Zusammenhang gebracht werden können.

Zu der am 9. Mai stattfindenden Vollsitzung des Schlesischen Städtetages wurden von der Stadtverordnetenversammlung die Stadtverordneten Herschel (Zentrum), Thum (Dtn.), Wolf (Dem.) und die Sozialdemokraten Bandmann, Rasch und Freh delegiert. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat eine gute Auswahl getroffen. Nicht ein einziger Proletarier fährt zum Städtetag. Was macht es aus, ob der demokratische Direktor Wolf oder der sozialdemokratische Advokat Bandmann dort ist?

Ohne Debatte wurden folgende Vorlagen genehmigt: Herstellung des Kochkessels in der Anstaltsküche des Bürgerobdachs; Abänderung der Satzungen für den öffentlichen Bezirksarbeitsnachweis, Leistung der Vorarbeiten zur Bildung einer Entwässerungsgesellschaft. Die Vorlage auf Vereinfachung des Geschäftsbetriebes der Stadtverordnetenversammlung wurde dem Ausschuß 1 überwiesen. Kurz nach 8 Uhr war die Sitzung zu Ende.

Provinzielles.

Waldenburg. Achtung Jugendgenossen vom Bergbau. Die Bergarbeiter-Jugendkonferenz findet bereits am Sonntag, den 29. April, vormittags 9 Uhr, in Fellhammer, „Schöne Aussicht“ statt. Also nicht um 2 Uhr, da um 4 Uhr ein großes Massen-Meeting stattfindet, an dem die KJ.-Ortsgruppen geschlossen teilnehmen. Die Genossen des Neuroder, Schmiedeberger und Laubaner Bergaureniers werden nochmals ersucht, vertreten zu sein.

Geibsdorf. Der Lakai Hindenburgs, Herr Heilmann, in Geibsdorf. Am Sonntag, den 22. April, fand in Lichtenau eine öffentliche Volksversammlung der VSPD. statt. Dem Referenten, Landtagsabgeordneten Heilmann, lag das Thema: „Gegen Faszismus und Bolschewismus“ zu Grunde. Hatten wir erst schon mit dem Kopfe geschüttelt, als wir hörten, daß Heilmann, die „große Kanone“ der SPD., sich auf unser Kaff verirrt, umsomehr wunderten wir uns über die Wahl des Themas in dieser Zeit. Doch wir Genossen gingen alle hin in Erwartung der Dinge, die da kommen sollten, und waren über dreiviertel der Versammlungsbesucher. Hatten wir nun angenommen, er würde uns in seinem Referat die Gefahr des Faszismus, die Hitlerbanden, wie sie alle heißen, klar auseinanderposamentieren, so hatten wir fehlgeschossen. In kurzen Umrissen nur zeigte er die Gefahr von Rechts, damit er ja genügend Zeit fand, gegen die bolschewistische Gefahr zu wettern. Doch zum Unterschied der hiesigen VSPD.-Größen begann er nicht mit einer groß angelegten Hetze gegen Sowjet-Rußland, sondern zog gegen die gewesene Räterepublik Bayern tüchtig vom Leder und schämte sich nicht, die Genossen, die der Räterepublik angehörten, als Irrsinnige hinzustellen. Unsere Führer von damals, von weißen Garden gemordet, standrechtlich erschossen, ins Zuchthaus geworfen, von der Regierung Hoffmann, welche sich damals die einzig rechtmäßige und dazu noch sozialdemokratische nannte, so hinzustellen, das war zuviel und er hatte damit die Unruhe bewußt provoziert. In der Diskussion rechnete Genosse Mai mit ihm ab und der große Beifall zeigte, wie sehr er im Sinne der Versammlung gesprochen hatte. Im Schlußwort versuchte der Referent die Ausführungen des Genossen Mai zu entkräften und als ihm dies nicht gelang, versuchte er, ihm zugetragene unwahre, verleumderische Anspielungen auf die Person des Genossen Mai anzubringen. Der darüber hervorbrechende Entrüstungssturm wird ihm wohl gezeigt haben, wie sehr er daneben gehauen hatte. Nur dem Genossen Mai hat Heilmann zu verdanken, daß er als heller Mann aus Lichtenau heraus gekommen ist. Herr Heilmann, der Lakei Hindenburgs — der im Krieg das geflügelte Wort: „Ich gehe zu Hindenburg“ geprägt hat — wird wahrscheinlich keine Lust mehr haben, nach Geibsdorf zu kommen. Es könnte ihm passieren, daß ihm das nächste Mal nicht nur sein schändliches Lügenmaul gestopft wird, sondern daß er wirklich einmal die längst verdiente Keile erhält. Politische Lumpen, wie Heilmann, Noske, Hoersing & Co., verdienen genau so behandelt zu werden, wie Helferich und Konsorten.

Langenbielau. Arbeiter und Arbeiterinnen von Langenbielau! In einer Zeit, wo sich Stinnes, Thyssen u. Co. von Deutschland und Loucheur-Lyhersac von Frankreich die Hände reichen und den Ruhrkrieg auf Kosten eurer Knochen beendigen, in einer Zeit, wo die Regierung Cuno, die Vertreterin des deutschen Kapitalismus, die sozialdemokratische Minderheitsregierung in Sachsen stürzen will, um in Sachsen ein zweites Mitteldeutschland zu provozieren, in einer Zeit, wo die faszistischen Horden, die Stoßtrupps der Reaktion, die letzten Ueberreste des Novemberumsturzes beseitigen wollen, um aus Deutschland ein zweites Italien zu machen, in einer Zeit, wo die politische und wirtschaftliche Reaktion mit allen Mitteln an der vollständigen Versklavung der deutschen Arbeiter arbeitet, feiern wir den 1. Mai. Die Ortsgruppe der SPD. hat es abgelehnt, mit den Kommunisten gemeinsam am 1. Mai zu kämpfen. Sie fürchten die Massen, sie fürchten den Willensausdruck der hungernden und arbeitslosen Massen, die durch die verfaulte kapitalistische Produktionsweise dem Hungertode entgegengetrieben werden. Man will die Arbeiter, statt sie zum Kampfe gegen das Kapital zu führen, durch Tanzvergnügungen über die elende erbärmliche wirtschaftliche Lage hinwegtäuschen. Die revolutionäre Arbeiterschaft lehnt an diesem Tage derartige Tanzvergnügungen ab, denn der 1. Mai ist kein Vergnügungstag, sondern ein Kampftag. Jeder Arbeiter gehört zur Demonstrationsversammlung und zum Demonstrationszug. Der Arbeiter gehört an diesem Tage nicht auf den Tanzboden, sondern zur proletarischen Maifeier. Wir verlangen keinen Eintritt, sondern werden zur Deckung der Unkosten eine freiwillige Sammlung veranstalten, damit auch jeder Arbeitslose und Familienvater den 1. Mai würdig feiern kann. Das Programm besteht aus einer Ansprache des Genossen Hennig-Berlin, Rezitationen der KJ. und des Sprechchors, sowie aus Theater, Gesang und musikalischen Darbietungen (Arbeiter-Mandolinenklub).

— Sangesfreudige Arbeiter. Die klassenbewußten Arbeiter haben sich, nachdem die Abstimmung im Gesangverein „Edelweiß“ für den Sängerbund weiter entschieden hatte, einen eigenen Arbeiter-Gesangverein gegründet unter dem Namen „Morgenrot“. Wir rufen allen Arbeitern von Neubielau, welche noch Mitglieder der bürgerlichen Gesangvereine sind, zu: Heraus aus diesen Vereinen und hinein in die Arbeiter-Gesangvereine. Dort ist der Ort, wo ihr hingehört und wo ihr eure Stimme im Interesse der werktätigen Kollegen benutzen könnt. In jenen bürgerlichen Vereinen macht ihr euch nur zu Schleppenträgern und Mitläufern des Kapitals. Uebungsstunde jeden Donnerstag, abends punkt 8 Uhr, bei Schöbitz in Neubielau.

Lauban. Agitationskreis. Sonntag, den 29. April, Kreiskonferenz in Greifenberg, Lokal P. Weiß, Markt. Beginn vormittags 11 Uhr. Die Ortsgruppen Geibsdorf, Lichtenau, Lauban, Langenöls, Schosdorf, Greifenberg, Löwenberg, Friedeberg, Meffersdorf und Marklissa müssen Delegierte entsenden. Die Kreisleitung.

Konradsthal. Maifeier. Wir machen an dieser Stelle alle Genossen und Gewerkschaftler darauf aufmerksam, daß sich die Konradsthaler Arbeiter zur Demonstration nach Waldenburg um 7 Uhr beim goldenen Frieden zu sammeln haben. Abmarsch 7½ Uhr. Gleichzeitig weisen wir auf die Abendveranstaltung im goldenen Frieden hin, zu der wir alle Arbeitskollegen von Konradsthal auffordern, vollzählig zu erscheinen. Besonders herzlich willkommen sind uns die Genossen aus den andern Ortschaften. Näheres über die Ausgestaltung der Feier wird im Inseratenteil bekanntgegeben werden.

Hermsdorf u. Kynast. Maidemonstration. Genossen und Genossinnen. Nur noch wenige Tage trennen uns vom 1. Mai. Angesichts der politischen Lage muß sich der Tag zu einer Machtdemonstration ausgestalten. Daher ist noch eine rege Agitation nötig, um auch den letzten Mann auf die Beine zu bringen. Die Betriebe müssen restlos stillgelegt werden. Auf zum Kampf gegen die faszistische Reaktion, gegen die verschärften Angriffe des Kapitals auf unsere Existenz. Antreten sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder 1 Uhr an der Oberschänke. Agnetendorf marschiert punkt 1 Uhr vom Oberschlesischen Hof ab. 1½ Uhr öffentliche Demonstrationsversammlung am Kriegerdenkmal, darauf Demonstrationsumzug durch den Ort. Endziel Kynwasser. Musik zur Stelle. Genossen und Genossinnen rüstet zum 1. Mai. Kein Genosse darf fehlen. Maiabzeichen werden im Vorverkauf vertrieben und sind zu haben in den Konsumlagern und beim Genossen Holzbecher.

Schiedlow, Kr. Falkenberg. Oeffentliche Volksversammlung der KPD. Hier sprach am Dienstag, den 14. Gen. Hamann über das Thema: „Ruhrbesetzung, Faszistengefahr“. Die Ausführungen zeigten den zahlreich erschienenen die große Gefahren, welche für das arbeitende Volk im Gegenwärtigen Augenblick wieder heraufbeschworen werden. Der stürmische Beifall bewies, daß die Anwesenden mit den Aus-

führungen einverstanden waren. In der freien Aussprache meldete sich ein SPD.-Mann, der im wesentlichen den Ausführungen zustimmte, er zweifelte nur daran ob das, was die Kommunisten propagieren durchführbar sei. Eine Tellersammlung für den Kampffonds der Partei ergab über 2000 Mark.

Gleiwitz. Einen kunstverständigen Bürgermeister hat die Stadt Gleiwitz OS. Er erklärte bereits vor einigen Monaten, daß das Theater „ihm Wurst sei". Jetzt hat der Herr Oberbürgermeister erneut seine kulturelle Rückständigkeit bewiesen.

Im Gleiwitzer städtischen Theater sollte „Die Büchse der Pandora" von Wedekind aufgeführt werden. Da die Pfaffen in Gleiwitz aus Anlaß der Ankündigung dieser Vorführung Lärm schlugen, beeilte sich der Herr Oberbürgermeister als jederzeit hilfsbereiter Diener der Schwarzröcke, die Aufführung dieses Schauspiels zu verbieten. Es wird sich nun zeigen, wer über das Gleiwitzer Theater zu bestimmen hat, ob die Tausende von Arbeitern, die in der Volksbühne sind und das Theater erhalten, oder der hochwohllöbliche pfäffische Magistrat. Die Arbeiter sind nicht gewillt, den Pfaffen das Feld zu räumen.

Bobrek. Bericht über die Mitgliederversammlung. Am Sonntag, den 22. April, 5 Uhr nachmittags, hielt die KPD. Ortsgruppe Bobrek die fällige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung waren folgende Punkte: 1. Maifeier, 2. Erweiterung des Vorstandes, Wahl der Zehnerführer, 3. Politische Lage, 4. Ausflug, 5. Anträge und Verschiedenes. Genosse Becker eröffnet die Versammlung mit dem Gruß „Heil Sowjet" und führte zu Punkt 1 aus, daß wir gemeinsam mit der SPD. demonstrieren werden. Die Versammlung beschloß auch, daß um 4½ Uhr ein Wecken stattfinden soll. Bei dem 2. Punkt, Wahl der Zehnerführer, wurden 11 Genossen als Zehnerführer gewählt. Zu Punkt 3 sprach Genosse Kutzera über die politische Lage. Genosse Kutzera betonte u. a., daß die Gerüchte über eine Polengefahr erlogen sind und die Oberländer nur dazu da sind, die Arbeiter zu zersplittern und bei irgend einer Bewegung niederzuschlagen. In der Diskussion sprachen die Genossen Tomscha, Brauner, Noschulla und noch andere, die alle mit den Ausführungen des Genossen Kutzera einverstanden waren. Bei Punkt 5, Anträge und Verschiedenes, wurde auch über den Betriebsräte-Kongreß debattiert. Die Genossen beschlossen, den tagenden Kongreß zu bewachen. Eine Sammlung zwecks Finanzierung ergab 11 150 Mark. Genosse Becker führte auch an, daß sich die Vertrauensleute der Julienhütte, die den Betriebsräten angehören, sich mehr aktiv an der Arbeit beteiligen sollen. Falls sie damit nicht einverstanden sind, sollen sie wenigstens soviel Mut besitzen und zum mindesten abdanken und nicht so die Arbeit der freigestellten Betriebsräte erschweren. Alsdann wurde die Versammlung mit dem Absingen der Arbeiter-Marseillaise von Genossen Becker geschlossen.

Gollschwitz. Oeffentliche Versammlung. Die öffentliche Versammlung, welche von der KPD. für den 20. April einberufen war, hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen. Genosse Hamann sprach über „Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft". Seine zweistündigen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Am Schluß wurde von einem Arbeiter aufgefordert, eine Sammlung für die Partei zu veranstalten, dieselbe ergab 6740 Mark, wohl ein Zeichen dafür, daß die Kommunistische Idee auf guten Boden gefallen ist. Wir werden wiederkommen, Arbeiter von Gollschwitz. Ihr sollt Euer Vertrauen zu uns Kommunisten nicht bereuen.

Norek. Oeffentliche Versammlung. Am 19. April fand hier die erste öffentliche Versammlung der KPD. statt. Genosse Hamann sprach über „Faszistengefahr und Einheitsfront des Proletariats". Das Referat mochte wohl verschiedenen anwesenden Inspektoren von Norek und Umgegend auf die Nerven gefallen sein, denn Genosse Hamann ging ganz besonders scharf mit den Großagrariern ins Gericht und als getreue Fridoline ihrer Krautjunker nahmen sie natürlich Partei für dieselben. Einer verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß die Kleinbauern mehr schieben wie die Großagrarier, er kam aber bei den anwesenden Kleinbauern schlecht an. Der große Beifall zeigte, daß Genosse Hamann den zahlreich Erschienenen aus der Seele gesprochen hatte. Eine Tellersammlung für den Kampffonds der KPD. ergab über 2000 Mark und was das wertvollste ist, wir haben uns eingenistet in Norek und werden dort bleiben, das beweist der gute Kampfgeist der Norecker Arbeiter.

Genosse und Genossin werbe eifrig für Dein Partei-Organ.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Die Frankfurter Konferenz und die Aufgaben der Gewerkschaften.

Von A. Losowski.

Was war die Frankfurter Konferenz? Der erste Schritt zur praktischen Verwirklichung der Einheitsfront. Denn wie immer die Reformisten aller Länder sie auch totschweigen wollen, trotz alles für sich tun, um die Beschlüsse der Konferenz vor den breiten Massen zu verheimlichen, die Tatsache bleibt eine Tatsache. Die Frankfurter Konferenz gewann die Sympathie beider Arbeiterkreise, die organisatorisch der Moskauer und Amsterdamer Internationale angehören. Die besondere Bedeutung der Frankfurter Konferenz besteht darin, daß diese Sympathie der sozialdemokratischen Arbeiter nicht in der Luft hängen blieb, sondern einen ganz konkreten und organisatorisch-politischen Ausdruck fand. Der Konferenz wohnten sozialdemokratische Arbeiter bei, die den Bruch mit der Koalitionspolitik und ihren Willen zur Schaffung einer Einheitsfront mit den Kommunisten kundeten. Wohl war die Sozialdemokratische Fraktion vollzählig noch zugegen, aber dennoch war es eine Bresche, und zwar eine recht gründliche.

Wenn wir alle Beschlüsse der Frankfurter Konferenz sorgfältig durchgehen, sehen wir, daß die Grundlinie in dem Gedanken der Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiterklasse besteht. Die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz können als eine Plattform für den Arbeiterblock betrachtet werden, sie ermöglichen den Arbeitern aller Richtungen, zusammenzugehen, da sie nur eine einzige Forderung enthalten: den Bruch mit der Koalitionspolitik. Wir finden in den Resolutionen der Frankfurter Konferenz weder die Parole der Diktatur des Proletariats, vor der die rückständigen Arbeiter so große Angst haben, noch Verfügungen über den Anschluß an die Komintern und auch keine Erklärungen darüber, daß die Macht der Arbeiterklasse in Sowjetform ausgeübt werden müsse. Wir Anhänger der Komintern und der Roten Gewerkschafts-Internationale, die an dieser Konferenz teilnahmen, wollten den sozialdemokratischen Arbeitern nicht etwas aufzwingen, was für sie unannehmbar ist. Wir suchten Verständigung mit den Arbeitern, eine Verständigung, die für den aktiven Kampf notwendig ist, und gingen auf alle nötigen praktischen Zugeständnisse ein, behielten uns nur das Recht der freien Verkündung unserer Ideen und die Agitation für unsere Prinzipien vor. Ist eine solche Art von Verständigung zulässig? Ist das nicht ein Zugeständnis auf Kosten unserer Prinzipien? Das fragen die Genossen, die der Meinung sind, daß Treue zu den Prinzipien in der formalen Wiederholung derselben Phrasen besteht. Ja, ein solches Zugeständnis ist zulässig und widerspricht in der Richtung ihrer Entwicklung. Wenn unsere Verständigung mit den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitern die Linie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie verfolgt hätte, wäre dies eine Verleugnung unserer Prinzipien gewesen. Da aber unsere Verständigung alle Arbeiter, darunter auch die sozialdemokratischen, der Bourgeoisie gegenüberstellt, so ist das eine praktische Verwirklichung unserer Aufgaben.

Und so zog die Frankfurter Konferenz einigermaßen auch die Bilanz unseres Kampfes um die Einheitsfront und zeichnete den Weg der weiteren Ausdehnung dieser Einheitsfront vor. Was für konkrete Aufgaben entspringen aus den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz für die Gewerkschaften? Vor allem muß der Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung mit zehnfacher Kraft weiter geführt werden. Ist es nicht charakteristisch, daß in demselben Moment, wo sozialdemokratische Arbeiter sich mit den Kommunisten in Frankreich auf Grund einer für beide Parteien annehmbaren Plattform verbrüderten, die Führer der Amsterdamer Gewerkschaften, nicht nur einzelne Personen, sondern auch ganze Organisationen aus den Gewerkschaften ausschließen? Ist diese Gleichzeitigkeit ein Zufall? Nein. Je stärker die Neigung der sozialdemokratischen Arbeiter ist, mit den Kommunisten zum Kampfe gegen die Bourgeoisie eine Einheitsfront zu bilden, um so wilder werden die Attaden der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Kommunisten. Die Anhänger der Koalitionspolitik sehen mit Entsetzen die wachsende Unzufriedenheit der Massen gegen ihre Politik und die gegenseitige Annäherung der Arbeiter aller Richtungen auf dem Boden des Klassenkampfes. Daher hatte die Frankfurter Konferenz, indem sie zur Ausdehnung der Einheitsfront den Antrieb gab, aggressive Handlungen seitens der Amsterdamer zur Folge, die die wachsende Einigkeit zwischen den Arbeitern verschiedener Parteien zu schwächen bezwecken. Eben darum muß im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der revolutionären Gewerkschaften die Parole stehen: „Nieder mit der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung!" Die Konferenz beschloß die Bildung von Brüderschaften der Eisenbahner, Metallarbeiter und Bergarbeiter. Sie beschloß einen Landeskongreß der französischen Betriebsräte, ferner eine gemeinsame Konferenz der Betriebsräte der besetzten Gebiete mit den Vertretern aus Paris und Berlin einzuberufen. Was bewog die Konferenz zur Annahme dieser Beschlüsse? Der Wunsch, so schnell als möglich eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung innerhalb jedes einzelnen Landes zu schaffen und die Einheit der Aktionen der Arbeiter verschiedener Länder herzustellen.

Aus den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz folgt auch der Kampf um die Betriebsräte in jenen Ländern, wo es ihrer noch keine gibt, und der Kampf um die Revolutionierung dieser Organisationen, dort wo sie formell existieren. Die Schaffung starker und kampfluftiger Betriebsräte ist der wichtigste Schritt zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Wer die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen will, der muß die Arbeit von unten beginnen, beim Fundament der Arbeiterbewegung.

Die Konferenz beschloß die Bildung von Kontrollkommissionen an allen Grenzen, großen Knotenpunkten und in den Hafenstädten. Diese beobachtenden Kontrollkommissionen können und müssen durch die Gewerkschaften ins Leben gerufen werden. An den Grenzpunkten müssen gemischte paritätische Kommissionen aus den Vertretern der Arbeiter verschiedener Staaten gebildet werden, die die Truppen- und Waffenschiebungen usw. systematisch und ständig zu verfolgen haben. Aber diese Kontrollkommissionen haben noch viel größere Aufgaben. Praktisch beginnt ihre Tätigkeit im Augenblick der diplomatischen Verwickelungen und der Zusammenstöße. Aber dazu, daß sie handeln können, ist es unerläßlich, daß diese Grenz- und Hafen-Kontrollkommissionen als organisatorische Stützpunkte für die Verbrüderung der Arbeiter verschiedener Staaten und Nationalitäten dienen sollen. Diese Kommissionen müssen zu praktischen Schulen der Solidarität werden, was besonders in den Hafenstädten sehr wichtig ist.

Die nächste wichtige Frage ist die Armee. Daß eine moderne Armee nicht nur äußere, sondern auch innere „Aufgaben" hat, weiß jeder von uns. Bisher haben die revolutionären Gewerkschaften sehr wenig dafür getan, um die Verbindung mit ihren noch vielen Genossen aufrecht zu erhalten. Jede Gewerkschaft muß es wissen, wo und in welcher Truppe ihre Mitglieder dienen. Es müssen besondere Kassen für die Unterstützung der in der Armee dienenden Soldaten gegründet, spezielle Literatur herausgegeben werden. Unter den für politischer Verhältnisse auch immer die revolutionären Gewerkschaften kämpfen müssen, daß ihre Verbindung mit ihren Mitgliedern im Waffenrock keine einzige Minute entbehren.

Den Gewerkschaften der Großmächte wächst noch eine besondere Aufgabe: die Steigerung der Arbeit unter den Arbeitermassen der Kolonien. Den englischen Tradeunionisten und den englischen Ratgebern der Arbeiterpartei erscheint die Ausbeutung der arbeitenden Massen Indiens als etwas vollkommen Natürliches und nicht Anzutastendes. Die revolutionären Gewerkschaften müssen besonders scharf darauf reagieren, was die herrschenden Klassen in Indien, Algier, Tunis, Marokko usw. tun. Indem wir das Proletariat dieser Länder organisieren und sein Klassenbewußtsein heben, zerreißen wir jene Nabelschnur, durch die sich heute der internationale Imperialismus ernährt. Die farbigen Truppen von dem Einfluß unserer Klassenfeinde zu befreien, diese bewaffneten Sklaven zum Werkzeug der Befreiung ihrer unterdrückten Landleute zu machen, werden wir nur imstande sein, wenn wir unter den Proletariern der betreffenden kolonialen und halbkolonialen Länder arbeiten.

Wir sehen also, daß die Frankfurter Konferenz die Gewerkschaften vor verschiedene politische und praktisch-organisatorische Aufgaben stellte. Diese Aufgaben sind nicht nur Aufgaben der Gewerkschaften, sondern zugleich auch Aufgaben der politischen Parteien und Betriebsräte. Die Gewerkschaften haben keine besondere Methoden und Mittel der Durchführung der allgemeinen Klassenaufgaben des Proletariats. Das kam unter anderem auch darin zum Ausdruck, daß an der Frankfurter Konferenz sowohl Gewerkschafts- als auch politische Organisationen teilnahmen. Die Schlußfolgerung, die die Gewerkschaften aus der Arbeit der Frankfurter Konferenz ziehen können, ist folgende: Es gibt keinen rein wissenschaftlichen Kampf und keine spezifistischen Aufgaben der Gewerkschaften; es gibt nur allgemeine Klassenaufgaben, deren erfolgreiche Durchführung von dem Grade der Geschlossenheit der revolutionären Gewerkschaften und kommunistischen Parteien einerseits, und von der Verbindung dieser revolutionären Organisationen mit den breiten Massen andererseits abhängt. Die Frankfurter Konferenz, an der politische Parteien, Gewerkschaften und Betriebsräte teilnahmen, war nicht nur ein Schritt auf dem Wege der Bildung einer einheitlichen Kampffront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter, sondern auch ein Schritt vorwärts auf dem Wege der syndikalistischen Arbeiter anderer Richtungen. Die Notwendigkeit der Einheitsfront, der Einheit der Aktionen, der maximalen Konzentration der Kräfte, ging bereits in das Bewußtsein fast aller revolutionären Arbeiter über. Sie beginnt jetzt auch breiten Kreisen reformistischer Arbeiter einzuleuchten, und das ist das Pfand des Erfolges unseres Kampfes für den Kommunismus.

Bericht über die Ortskartellsitzung in Striegau.

Der Kassenbericht des Kassieres wurde von den Revisoren bestätigt. Es kam dann die Sache des entlassenen Arbeitersekretärs zur Sprache, welcher den Vorstand des Kartells verklagt hat zwecks Zahlung des Gehaltes bis vorläufig 31. März. Er begründet seine Klage damit, daß der Vorstand allein nicht kündigen kann, sondern daß nur das Gesamtkartell die Ermächtigung dazu habe. Das Kartell war aber der Ansicht, daß, wenn der Vorstand das Recht hat, einen Arbeitersekretär anzustellen, er auch das Recht haben muß, ihm zu kündigen. Unter Verschiedenem kamen die skandalösen Zustände in der Stanowitzer Porzellanfabrik zutage. Die Direktion wirft Arbeiter auf die Straße, angeblich wegen Arbeitsmangel. In demselben Betriebe macht man aber auch 30 und mehr Ueberstunden die Woche (Brenner, Verglüher). Diesem Uebelstande schnell abzuhelfen, wird sich der Vorstand sofort an die Bezirksleitung des Porzellanarbeiterverbandes wenden, wenn, falls dieses nichts helfen sollte, die Gewerbeinspektion auf dieses rechtswidrige Treiben der Direktion aufmerksam machen. Porzellanarbeiter, wir sind der Meinung, daß diese Schritte wenig helfen und Euch, die Ihr entlassen seid, kein Brot bringen wird, solange Euren Kollegen im Betriebe ihr schamloses Verhalten Euch gegenüber nicht heimzahlt wird. Kollegen, verweigert jede Ueberstunde, solange es Arbeitslose gibt. Uebt Solidarität an Euren arbeitslosen Brüdern.

Eine besonders feine Marke scheint uns auch Herr Röhner, der Besitzer der Striegauer Strumpffabrik, zu sein. Er weigert sich, seinen Arbeiterinnen tarifmäßige Löhne zu zahlen. Nach dreiwöchentlicher Arbeitslosigkeit läßt er den Arbeiterinnen sagen, er hätte wieder einige Wochen Arbeit, aber nur für den alten Preis, die Stunde 520 Mark. Nach langem Verhandeln mit dem Betriebsrat und dem Vorsitzenden des Kartells, zahlt der Herr 550 Mark, trotzdem der Tarif, welcher vom Schlichtungsausschuß anerkannt und vom Demobilmachungskommissar für verbindlich erklärt worden ist, über 600 Mark die Stunde lautet. Nicht wahr, Herr Röhner, mögen die Arbeiterinnen verhungern, die Hauptsache ist: Ihr Profit leidet nicht darunter. Wir wollen hoffen, daß der Textilarbeiterverband hier einmal gründlich hineinleuchtet. Mit den Striegauer Fleischermeistern möchte auch einmal ein ernstes Wörtchen gesprochen werden. Es kam auch in der Aussprache zutage, daß zuviel verhandelt und zu wenig gehandelt wird. Für uns Proletarier wird das Fleisch immer unerschwinglicher, und die Herren wissen bald nicht mehr, wo sie ihre dicken Bäuche hinstecken sollen. Arbeiter Striegaus, macht auf, ihr habt schon wieder lange genug geschlafen. Zeigt es ihnen wenn ihr wollt.

Aus dem Breslauer Schuhmachergewerbe

Die beiden Lohnkommissionen haben vereinbart, daß ab 26. April auf den bisherigen Lohn ein Zuschlag von 35 Prozent erfolgt.

Die Maifeier in Hindenburg.

Laut gemeinsamer Konferenz haben sämtliche freien Gewerkschaften, sowie die politischen Arbeiterparteien beschlossen, den 1. Mai gemeinsam zu feiern. Das Festprogramm lautet: Um 6 Uhr Wecken. Abmarsch: Sosnitza und Mathesdorf 8½ Uhr von Sosnitza-Grube. Borsigwerk und Biskupitz 8 Uhr vom Marktplatz Biskupitz. Roktitnitz und Mikultschütz 8 Uhr Abmarsch von Mikultschütz. Treffpunkt dieser Züge Zollhaus Biskupitzer Chaussee, 9 Uhr. Poremba, Zaborze 8½ Uhr, Abmarsch Zaborzer Spielplatz. Treffpunkt sämtlicher Züge in Hindenburg im Park der Donnersmarckhütte. Dortselbst von 9 bis 10 Uhr: Platzkonzert und Gesangsvorträge, deutsch und polnisch. Um 10½ Uhr: Festansprachen in deutscher und polnischer Sprache. Nach den Ansprachen treten die Fahnenträger zum Umzug an die Spitze des Zuges. Der Weg geht vom Park der Donnersmarckhütte über Paulstraße, Alsenstraße, Kronprinzenstraße, Bahnhofstraße, Dorotheenstraße, Schechestr. nach dem Donnerstag-Wochenmarkt. Dortselbst Auflösung und Abmarsch der geschlossenen Züge mit Musik nach ihren Ortschaften.

Frankreich.

Der Bergarbeiterstreik in Lothringen und im Saargebiet.

Der lothringische Bergarbeiterstreik ist zu Ende. Nach einem heldenmütigen Kampf von zwei Monaten beschloß die Delegiertenkonferenz zu Merlebach vom 6. April, die Arbeiterschaft aufzufordern, die Arbeit sofort bedingungslos aufzunehmen. Die von de Wendel geführten Grubenbesitzer haben einen vollen Triumph errungen: sie diktieren der Arbeiterschaft ihre Bedingungen und werden die Führer der Bewegung massenweise maßregeln. Aber eines ist ihnen nicht gelungen: den revolutionären Mut der Arbeiter zu schwächen und den elsaß-lothringischen Bergarbeiterverband zu zerstören. Die Grubenarbeiter kehren zwar geschlagen in die Schächte zurück, aber einig und mit festen Willen, neue Kämpfe vorzubereiten.

Die französische Regierung, welche dem Ruhrproletariat goldene Berge verspricht, wenn es bereit wäre, für den französischen Kapitalismus zu schuften, zeigte im lothringischen Streik deutlich, was die deutschen Arbeiter von der französischen „Demokratie" zu erwarten haben. Militär, Gendarmerie, Zivilbehörden und Justiz wurden auf das schamloseste für die Interessen des „Hüttenkomitees" eingesetzt. Folgendes Schreiben zeigt dies deutlich:

„Regierungskommission des Saargebiets.
Oberste Polizeiverwaltung J.-N. 1892.
Geheim. Saarbrücken, den 15. März 1923
An den Herrn Landrat in Saarlouis.
Der Herr Präsident der Regierungskommission hat entschieden, daß die Bestimmungen seiner Verfügung vom 9. 2. 23 betreffs des Streikpostenstehens keine Anwendung auf die Streikposten finden können, die auf Zufahrtstraßen nach Lothringen aufgestellt werden, und hat angeordnet, daß die Streikposten, welche die auf die lothringischen Gruben zur Arbeit gehenden Arbeitswilligen kontrollieren, mit allen Mitteln zerstreut werden sollen.
Entsprechende Anweisung ist den Ihnen unterstellten in Betracht kommenden Stellen zu erteilen.
Der Direktor der Obersten Polizeiverwaltung.
gez. Adler."

Tatsächlich war Streikpostenstehen in Lothringen während des Streiks streng verboten, trotzdem es vom Gesetz ausdrücklich erlaubt ist. Jeder Streikposten wurde zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Die Mindeststrafe betrug 6 Monate. Mehr als 300 Bergarbeiter befinden sich im Gefängnis. Die Richter handeln wie getreue Knechte, denn es dreht sich um ihre Beförderung.

Das ganze Kohlengebiet sieht wie ein Schlachtfeld aus. Ueberall sieht man Militär, Geschütze, Tanks, schwere Maschinengewehre und den Abtransport von Gefangenen. Es kommt oft vor, daß ganze Gruppen von Gefangenen aneinandergekettet abgeführt werden. So wurden z. B. in Dieblingen 25 Kameraden gleichzeitig abgeführt. Aehnlich ist es im Saargebiet. Dort wurde am 23. März ein Bergmann an ein Pferd gebunden durch die Straßen geschleift, so daß seine Kleider ihm buchstäblich vom Leibe gerissen wurden und er besinnungslos liegen blieb.

Wenn die lothringischen Streikenden jetzt durch die Entbehrungen zweier Streikmonate genötigt werden, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, so trägt daran vor allen Dingen die Gleichgültigkeit eines großen Teiles der französischen Arbeiterschaft, die Gleichgültigkeit der Bergarbeiterorganisationen des Auslandes die Schuld. Als nach Beginn des Streiks Kohlenmangel in Lothringen eintrat, wurden große Mengen Kohle aus dem übrigen Frankreich, sowie von England und Amerika nach Lothringen transportiert. Die reformistischen Führer des Deutschen Bergarbeiterverbandes, welche die ganze Welt um Unterstützung des Ruhrproletariats anflehen, würdigten der Aufforderung der Union der Hand- und Kopfarbeiter (Mitglied der RGI.) zur tätigen Solidarität für die lothringischen Bergarbeiter keiner Antwort. Besonders jämmerlich ist die Haltung der französischen Reformisten, welche den lothringischen Streik einfach totschwiegen, weil sie eine Niederlage des dem unitarischen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen elsaß-lothringischen Bergarbeiterverbandes wünschten.

Der lothringische Streik hat mit einer Niederlage für die Arbeiterschaft geendet, ebenso wie seinerzeit der Metallarbeiterstreik von Le Havre. Aber ebenso, wie die Niederlage von Le Havre zu einer Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft geführt hat, wird der verlorene Kampf der lothringischen Bergarbeiter den revolutionären Willen des französischen Proletariats stärken. Im Saargebiet geht der Streik weiter.

Der Sinn des Kampfes um eine Arbeiterregierung in Sachsen.

Von Alfred Schrapel-Dresden.

I.

Darüber bestehen wohl keinerlei Differenzen, daß es in der gesamten Partei keinen Überzeugten Kommunisten gibt, der nicht lieber heute wie morgen die Kelle mit dem Schwert vertauschen möchte, um das Wirtschaftschaos zu beseitigen, um weiter an die Stelle der parlamentarischen Plaggereien den proletarischen Kampf und Aufbau der neuen Gesellschaft zu setzen. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Kampf um die Arbeiterregierung lediglich parlamentarischen Charakter trüge. Gewiß hat Liebknecht recht mit seinem kampfesfrohen Ausspruch: „Geduld ist eine Tugend der Sklaven, die Sklaverei zu beseitigen, bedarf's doppelter Ungeduld." Man kann auch nicht sagen, daß es unsere Partei an dieser Ungeduld je hätte fehlen lassen. Aber es ist ebenso richtig, daß es die Ungeduld nicht allein schaffen kann.

Was ist der Sinn der Taktik unserer Partei, der Sinn der Parolen der proletarischen Einheitsfront und der Arbeiterregierung? Doch nichts anderes, als die revolutionäre Ungeduld mit zielstrebender Strategie zu vereinigen, oder, anders gesagt, planmäßig Waffen und Kräfte sammeln, um den Endkampf ohne allzu starke Rückschläge bestehen zu können. Wir werden das Verbrüdern der SPD. und Gewerkschaften mit dem Bürgertum nur dann unterbinden, wenn es uns gelingt, die Massen um uns zu sammeln und durch sie den Druck auf die „Führer" auszuüben, der sie zwingt, vom Bürgertum, der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik abzurücken. Keinen größeren Gefallen können wir diesen Führern und dem Bürgertum samt seinen Hitlergarden tun, als uns in das Konzentrationslager kommunistischer Separatpolitik zu begeben. Die Isolierung der KPD. von den Massen war ja gerade das A und O der Taktik der Reformisten. Wenn man uns eine solche rückläufige Strategie aufnötigen will, so müßte man aussprechen, daß nicht nur Einheitsfront und Arbeiterregierung, sondern alles, was auf dem 2. und 3. Weltkongreß über diese Dinge, unsere Stellung zum Parlamentarismus usw. beschlossen wurde, „Quatsch" ist.

Und wer sich umschaut in den Betrieben und den Gewerkschaften, bei den Erwerbslosen, der muß erkennen, daß unsere Taktik bedeutsame Erfolge gezeitigt hat. Nicht zuletzt ist das festzustellen hinsichtlich der sächsischen Regierungsfrage. Natürlich sind wir da erst am Anfang, das meiste ist noch zu tun. Aber gerade dazu braucht es die Anspannung und Mobilisierung aller Kräfte, Parteidifferenzen waren zu keiner Zeit gefährlicher, als gerade gegenwärtig, wo wir sichtlich im Vormarsch sind.

II.

In voller Absicht hat der sächsische Landesvorstand der KPD. bei den Verhandlungen der Siebenerkommission der VSPD. sich auf 4 Punkte konzentriert. Im offenen Briefe des Landesvorstandes an den Landesparteitag der VSPD. ist dagegen eine Reihe von Einzelforderungen erhoben, die in der weiteren Kampagne zweifellos eine Rolle spielen werden. Ich möchte einige dieser Forderungen herausgreifen, um an ihnen zu beweisen, wie wertvoll und wie vorwärtstreibend unsere Taktik wirkt, besonders dann natürlich, wenn sie bis in die Werkstätten hinein zielbewußt angewendet wird, wenn die Presse sie unterstützt, wenn parlamentarisch und außerparlamentarisch jeder Genosse seine Pflicht als verantwortlicher Funktionär tut.

Ein Teilgebiet soll die Wichtigkeit und Richtigkeit unserer gegenwärtigen Taktik beleuchten: die Schulfrage, die gegenwärtig in Sachsen und Thüringen im Vordergrund steht.

Es gilt zu untersuchen, ob und inwiefern der Kampf auf diesem Gebiet eingegliedert werden kann in den Kampf um die Arbeiterregierung oder was für uns, die wir in der Arbeiterregierung eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Erringung der Macht sehen, dasselbe ist, in den Kampf um die proletarische Diktatur überhaupt.

Hinsichtlich der Schulfrage hat es die seitherige sozialdemokratische Regierung nicht an Beteuerungen fehlen lassen, daß sie auf diesem Gebiete vieles geleistet habe und Sachsen in Deutschland an der Spitze marschiere. Das ist jedoch nur bedingt richtig, nämlich dann, wenn man die Sache lediglich demokratisch betrachtet. Wir begnügen uns nicht mit pädagogischen Illusionen. Das Schulbedarfsgesetz zeigt in seiner Auswirkung die Mängel einer mir demokratischen Lösung des Problems. Das Wesentlichste, was dieses Gesetz bringt, steht auf dem Papier. Der erste, der es sabotierte, war der Finanzminister, der die Zahl der Lehrerstellen so beschnitt, daß all die schönen Pläne vom Schulfortschritt zu einem guten Teile ins Wasser fielen. Hundert von angeforderten neuen Stellen wurden von ihm gestrichen, wichtige Fortschritte besonders in den Großstädten werden dadurch rückgängig gemacht. Die armen Gemeinden sind einfach außerstande, die notwendigen Baulichkeiten, die das Gesetz bedingt, durchzuführen. Eine Gemeinde ist dabei, das Schulhaus in ein Gemeindegasthaus umzuwandeln und die Kinder in die eine halbe Stunde entfernte Stadtschule zu schicken. Das und vieles andere sind Folgen der demokratischen Halbheiten, die sich bitter an der Jugend rächen müssen.

(Schluß folgt in übernächster Nummer.)

Kapitalistischer Hochverrat an der Ruhr.

Am Sonnabend, 21. April, fand in Essen erneut eine Versammlung von Betriebsräten der besetzten Zechen des Ruhrgebiets statt. Die Situationsberichte, die dort gegeben wurden, bestätigten vollauf die von uns schon seit geraumer Zeit festgestellte Tatsache, daß die Unternehmerschaft im Bergbau nur noch einen Scheinkampf gegen die Imperialisten Frankreichs führt und daß sie sich alle Mühe gibt, auch den Widerstand der Arbeiterschaft zu brechen.

Besonders bezeichnend sind die Verhältnisse auf der Zeche „Deimelsberg". Als die Belegschaft wegen der Besetzung durch französische Truppen in den Streik trat, versuchte man sie für die Dauer der Schicht auf dem Zechenplatz in Bereitschaft zu halten, um sie in einen Konflikt mit der hundert Mann starken Besatzung hineinzutreiben. Die Belegschaft durchschaute das Spiel und lehnte ab. Bis auf 400 Mann, die Notstandsarbeiten verrichten, blieb die Belegschaft zu Hause.

Die Franzosen haben in den letzten vierzehn Tagen aber rund 500 Waggons Kohle von der Zeche abgefahren. An der nach Steele zu gelegenen Seite der Zeche haben sie Schützengräben ausgehoben, an anderen Stellungen für Maschinengewehre sowie Minenwerfer. Man muß annehmen, daß die Franzosen die Absicht haben, in kurzem die Zeche vollständig zu besetzen und auch die Kohlenproduktion in eigene Regie zu übernehmen.

Und trotzdem behauptet die Verwaltung, daß die Zeche nicht besetzt sei und beharrt darauf, daß die Belegschaft voll anfahren müsse. Vor wenigen Tagen wurde der Belegschaft sogar ein Ultimatum gestellt: wenn bis Freitag die Belegschaft nicht wieder angefahren sei, würden keine Löhne mehr gezahlt. Die Belegschaftsversammlung lehnte das Ansinnen der Verwaltung trotz dieser Drohung einmütig ab und ließ es darauf ankommen. Am Lohntage wurden tatsächlich die Löhne nicht gezahlt. Erst am andern Morgen, nachdem es zu heftigen Auftritten gekommen, wurde dem Verlangen der Arbeiter trotz ihres Verbleibens im Streik Rechnung getragen.

Auf Zeche „Joachim" versuchte man ebenfalls vergeblich, der Belegschaft klar zu machen, daß von einer Besetzung der Zeche nicht gesprochen werden könne. Jetzt droht man, um die Bergarbeiter kirre zu machen, mit dem Lohnabbau in Gestalt der Zahlung des Reparaturhauerlohnes an Stelle des Gedingelohnes, der etwa 2000 Mark pro Schicht höher ist als letzterer.

Auf Zeche „Konkordia" versuchte man mit Hilfe des stellvertretenden Reichskommissars die Belegschaft zu der Auffassung der Verwaltung zu belehren. Aber die Belegschaft ließ sich auch von diesem ihren früheren Kollegen Vinke nicht davon überzeugen, daß die Zeche „nicht besetzt" sei, oder daß man die Besetzung umgehen könne, wenn man durch ein anderes Loch in denselben Schacht einfahre. Auf einer anderen Zeche, auf „Mont Cenis", hatte Vinke allerdings mehr Erfolg. Hier kamen ihm die christlichen und reformistischen Betriebsratsmitglieder zu Hilfe, und so konnte denn der Generaldirektor stolz berichten, daß 80 Prozent der Belegschaft anfuhren, nur 20 Prozent, Kommunisten und Syndikalisten standen noch aus. Und so werden auf dieser Zeche mit Hochdruck Kohlen gefördert, und die Franzosen fahren frische und alte Förderung bunt durcheinander ab.

Das ist so ungefähr das Bild, das von der Mehrzahl der besetzten Zechen zu geben ist. Die Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Bemerkenswert ist noch, daß die Frage der Lieferung der Deputatkohle an die Bergarbeiter sich immer mehr zuspitzt. Die Unternehmer weigerten sich kurz vor der Besetzung des Ruhrgebiets, den Arbeiter ihre Kohlen auf einige Monate im voraus zu geben. Heute machen die Franzosen die Lieferung unmöglich dadurch, daß sie von den Bergleuten die Anforderung einer Lieferungserlaubnis verlangen, was die Bergarbeiter ablehnen. Die Besatzungsbehörden dagegen drohen den Bergarbeitern mit schweren Strafen, wenn sie ohne diese Erlaubnis Kohlen abfahren lassen oder auch nur im Sack nach Hause zu tragen versuchen. Das Verhältnis zwischen der Besatzung und der Arbeiterschaft wird auf solche Weise nicht besser sondern ständig schlechter, während die Verständigung zwischen den französischen und deutschen Kapitalisten mit Riesenschritten voranschreitet. Die Arbeiterschaft ist sich jedoch ihrer großen Verantwortung in diesem Kampfe bewußt und ist deshalb bereit, bis zum äußersten den Kampf durchzuführen.

Der Kampf der KPF. gegen Poincaré

In zahlreichen Massenversammlungen des französischen Proletariats ist in den letzten Tagen die folgende von den Referenten der KPF. und der CGTU. vorgeschlagene Resolution angenommen worden:

„Die versammelten Arbeiter weisen nach Anhören des Referats auf die verhängnisvollen Folgen hin, die die Ruhrbesetzung und der Versailler Frieden für das Proletariat mit sich bringen. Sie heben die Notwendigkeit hervor, den Kampf des französischen Proletariats zu verschärfen, um ihn in einen europäischen und internationalen Kampf gegen die Gewaltpolitik des französischen Imperialismus und des deutschen Kapitalismus im Ruhrgebiet zu erweitern. Die Versammelten ermahnen die deutschen Arbeiter der besetzten Gebiete ebenso wie die französischen Soldaten und Beamten, sich im Ruhrgebiet zu verbrüdern, um zu verhindern, daß Proletarierblut fließt. Sie verlangen die Befreiung der Jahresklasse 1921. Sie brandmarken die verbrecherischen Versuche der Kapitalisten aller Länder, gegen die Arbeiter die bewaffneten Banden des Faschismus und die militarisierten Kolonialsklaven zu schicken. Sie erklären, daß zur Bezahlung der Reparationen der französische wie der deutsche Staat die Sachwerte seiner eigenen Kapitalisten erfassen soll, bis das Proletariat durch revolutionäre Aktion von der Produktionsmitteln Besitz ergreift. Die Versammelten verpflichten sich, gegen die verstärkte kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen, die sich aus einem Abkommen zwischen den deutschen und französischen Kapitalisten ergeben wird, und den Kampf zu führen gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges. Sie treten ein für die Arbeiterregierung in Deutschland, für die Räumung des Ruhrgebietes und für die Beseitigung des Versailler Friedensvertrags, sowie für die Bezahlung der Reparationen durch das internationale Kapital. Die Versammelten rufen alle Arbeiterorganisationen und alle unorganisierten Arbeiter auf, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen. Sie erklären, daß sie für ihre Forderungen in öffentlichen Demonstrationen eintreten werden. Die Aufgabe ist, einen europäischen Generalstreik vorzubereiten.

Die eiserne Ferse.

Ein sozialer Roman von Jack London.

31]

„Wir wollen nur die Macht einer einzigen dieser Gruppen, der Eisenbahngruppe, herausgreifen. Sie beschäftigt vierzigtausend Rechtsanwälte, zum Zweck, das Volk zu entrechten. Sie gibt ungezählte Tausende von Freischarren an Richter, Bankiers, Redakteure, Minister, Akademiker und Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft und des Kongresses. In der Hauptstadt eines jeden Staates unterhält sie verschwenderisch ausgestattete Vorsäle, und in der Landeshauptstadt und in allen großen und kleinen Städten des Landes beschäftigt sie eine ungeheure Armee von Winkeladvokaten und kleinen Politikern, die den Auftrag haben, Parteiversammlungen beizuwohnen, Versammlungen zusammenzubringen, Geschworene zu werden, Richter zu bestechen, und auf jegliche Art und Weise für die Interessen der Gruppe zu arbeiten.

Meine Herren, ich habe nur die Macht einer dieser sieben Gruppen flüchtig skizziert, die das Hirn der Plutokratie ausmachen. Ihre vierundzwanzig Milliarden Werte verleihen Ihnen nicht für fünfundzwanzig Cent Einfluß auf die Regierung. Ihr Reichtum ist nur eine leere Schale, und selbst diese wird man Ihnen bald wegnehmen. Die Plutokratie hat heute alle Gewalt in den Händen. Sie macht heute die Gesetze, denn sie hat heute den Senat, den Kongreß, die Gerichte und die gesetzgebenden Körperschaften in der Gewalt. Und nicht allein das. Hinter dem Gesetz muß die Macht sein, es zur Ausführung zu bringen. Die Plutokratie macht heute die Gesetze, und um sie durchzusetzen stehen ihr die Polizei, die Armee, die Flotte und endlich auch die Miliz, die aus Ihnen, und mir, und uns allen besteht, zu Gebote."

Es folgte nun eine kleine Diskussion, und die Gesellschaft ging bald auseinander. Alle waren still und niedergeschlagen, und mit leiser Stimme nahm man Abschied von einander. Sie schienen erschreckt von dem Zeitbild, das ihnen gezeigt worden war.

„Die Lage ist in der Tat drohend," sagte Herr Calvin zu Ernst: „Ich stehe kaum im Widerspruch mit der Art und Weise, wie Sie dieselbe geschildert haben. Nur mit Ihrem Urteil über den Mittelstand gehe ich nicht einig. Wir werden fortleben und die Brutis über den Haufen werfen."

„Und zu den Wegen der Väter zurückkehren", vollendete Ernst seinen Satz.

„Genau das," gab Herr Calvin feierlich zur Antwort. „Ich weiß, daß es eine Art „Maschinenstürmerei" ist und daß es absurd ist. Aber dann scheint das ganze Leben heute im Hinblick auf die Machenschaften der Plutokratie absurd zu sein. Jedenfalls ist die Art, wie wir die Maschinen stürmen, schließlich praktisch und möglich, was Ihr Traum nicht ist. Ihr sozialistischer Traum ist .... nun, ist ein Traum. Wir können Ihnen nicht folgen."

„Ich wünschte nur, Sie wüßten etwas von Entwicklungsgeschichte und Soziologie," sagte Ernst, und reichten sich die Hände, „dann hätten wir viele Mühe gespart."

10. Kapitel.

Wirbelsturm.

Nach diesem Essen, das mein Vater den Geschäftsleuten gegeben hatte, trat Ereignis über Ereignis von erschreckender Wichtigkeit ein; und ich, mein kleines Ich, die ich all mein Lebtag friedlich in der ruhigen Universitätsstadt gelebt hatte, fand mich selbst und meine persönli Angelegenheiten in den Wirbelsturm sturm der großen Weltereignisse hineingezogen. Ob meine Liebe zu Ernst oder das klare Bild, das er mir von der Gesellschaft, in der ich lebte, gezeigt hatte, mich zur Revolutionärin machte, ich weiß es nicht; aber ich wurde Revolutionärin und geriet in einen Strudel von Ereignissen, die mir drei Monate zuvor unfaßbar gewesen wären.

Die Krisis in meinem eigenen Schicksal kam gleichzeitig mit großen Krisen in der Gesellschaft. Vor allen Dingen verlor Vater seine Stellung an der Universität. Er wurde nicht kunstgerecht entlassen. Oh nein! Er wurde gebeten, zu verzichten, das war alles. Dies an sich wollte nicht viel heißen. Vater war in der Tat erfreut, besonders deshalb, weil seine Entlassung infolge der Veröffentlichung seines „Wirtschaft und Erziehung" übereilt worden war. Es erhärtete seine Beweisführung, er war zufrieden. Denn welcher bessere Beweis konnte für die Behauptung erbracht werden, daß das Erziehungswesen von der kapitalistischen Klasse beherrscht würde?

Aber dieser Beweis gelangte nirgendwohin. Niemand erfuhr, daß Vater gezwungen worden war, seinen Lehrstuhl zu entsagen. Er war ein so bedeutender Wissenschaftler, daß eine solche Bekanntmachung und zugleich die Bekanntmachung seines erzwungenen Verzichtes in der ganzen Welt etwas wie Wut hervorgebracht hätte. Die Zeitungen überschütteten ihn mit Lobsprüchen und Verehrung und gaben ihm recht, daß er die Plackerei des Lehrsaales aufgegeben habe, um seine ganze Zeit wissenschaftlichen Forschungen widmen zu können.

Zuerst lachte Vater. Dann wurde er ärgerlich — ironisch ärgerlich. Dann folgte die Unterdrückung seines Buches. Diese Unterdrückung war so geheim geschehen, daß wir sie zuerst gar nicht wahrnahmen. Die Veröffentlichung des Buches hatte unmittelbar einige Aufregung im Lande verursacht. Vater war politisch von der kapitalistischen Presse beschimpft worden, und der Ton der Schmähung ging darauf hinaus, daß es bedauerlich sei, wenn ein so großer Gelehrter sein Feld verlasse und sich in das Reich der Soziologie begebe, wovon er nichts verstünde und wohin er sich übereilt verirrt hätte. Dies währte eine Woche lang, indessen Vater sich ins Fäustchen lachte und sagte, daß sein Buch den Kapitalismus an seiner wunden Stelle getroffen habe. Dann besprachen plötzlich die Zeitungen und kritischen Zeitschriften das Buch überhaupt nicht mehr. Und ebenso plötzlich verschwand das Buch vom Markt. Nicht ein einziges Exemplar war vom Buchhändler zu bekommen. Vater schrieb an die Verleger und erhielt die Mitteilung, daß die Platten durch einen Zufall beschädigt worden seien. Eine unerquickliche Korrespondenz folgte darauf. Als die Verleger sich schließlich gezwungen sahen, ihren Standpunkt unzweideutig klar zu legen, erklärten sie, nicht mehr in der Lage zu sein, das Buch wieder neu zu setzen; aber sie seien gerne bereit, ihre Rechte darauf abzutreten.

„Und Sie würden im ganzen Lande keinen Verleger mehr dafür finden", sagte Ernst. „Und an Ihrer Stelle würde ich mich gerade jetzt zurückziehen. Sie haben nur einen Vorgeschmack der „Eisernen Ferse" bekommen."

Aber Vater war nur Gelehrter. Er zog voreilige Schlüsse. Ein Experiment war für ihn keins, wenn es nicht in allen seinen Einzelheiten durchgeführt war. So machte er geduldig die Runde durch alle Verlagsanstalten. Alle machten unzählige Ausflüchte, aber keine einzige wollte die neue Herausgabe des Buches übernehmen.

Als Vater die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß das Buch tatsächlich unterdrückt worden war, machte er den Versuch, diese Tatsache in der Presse zu veröffentlichen; aber er wurde abgewiesen. Bei einer politischen Versammlung der Sozialisten, in der viele Reporter anwesend waren, meinte er, Aussicht zu haben. Er erzählte die Geschichte von der Unterdrückung seines Buches. Als er am anderen Morgen die Zeitungen las, mußte er lachen, und dann wurde er in einem Grade zornig, der alle seitherige ironische Art seines Aergers in den Schatten stellte. Die Zeitungen nahmen keine Notiz von dem Buche selbst, aber sie ververleumdeten ihn, den Verfasser, vortrefflich. Sie rissen seine Worte und Wendungen aus ihrem Zusammenhang heraus und verdrehten die wohlüberlegten Bemerkungen zu einer wilden, anarchistischen Sprache. Das geschah alles sehr kunstvoll. Ein Umstand ist mir besonders gut im Gedächtnis geblieben. Vater hat den Ausdruck „soziale Revolution" gebraucht. Die Reporter berichteten nur „Revolution". Eine Depesche der Pressevereinigung sandte dies über das ganze Land, und im ganzen Lande erhob sich großes Geschrei. Vater wurde als Nihilist und Anarchist gebrandmarkt, und eine sehr verbreitete Karrikatur zeigte ihn mit der roten Fahne an der Spitze einer Bande von langhaarigen, wildblickenden Kerlen, die in ihren Händen Pechfackeln, Messer und Dynamitbomben trugen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Reaktion rüstet fieberhaft! Wann werden die proletarischen Hundertschaften Oberschlesiens aufmarschieren?

Heraus mit den französischen Truppen aus Deutschland!

Es lebe das internationale Proletariat!

Es lebe die revolutionäre Befreiung der Arbeiter der ganzen Welt!

Gemeinsame Maifeier in Thüringen?

Die Bezirks-Leitung Groß-Thüringen der KPD. hat an die VSPD., die USPD., an den ADGB. und an den Landesausschuß der Betriebsräte Groß-Thüringens einen offenen Brief gerichtet, in dem sie Verhandlungen zur Vorbereitung einer gemeinsamen Kundgebung am 1. Mai vorschlägt. Als Grundlagen werden vorgeschlagen:

gegen jede Durchbrechung des Achtstundentages,

gegen die Schlichtungsordnung, die das Streikrecht beschneidet,

für den Beschluß des Leipziger Gewerkschafts-Kongresses auf Erfassung der Sachwerte,

für den Kampf gegen Teuerung und Wucher durch Ausbau und Bildung von Kontrollausschüssen (wie in Sachsen),

für den gemeinsamen Kampf gegen den Faszismus durch Bildung von proletarischen Hundertschaften in den Betrieben (wie in Sachsen),

gegen die Produktionssabotage der Unternehmer, für die Einstellung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß,

gegen jede offene oder anonyme Koalitionspolitik, für die Arbeiterregierung in Thüringen,

gegen die Regierung Cuno, für eine Arbeiterregierung.

Es ist noch nicht bekannt, welche Stellung die Führer der Organisationen, an die dieses Schreiben gerichtet ist, zu der Frage einnehmen werden. Doch ist nicht ausgeschlossen, daß die thüringer sozialdemokratischen Führer, die schon um die große Koalition in Thüringen hubhandeln, die dargereichte Hand zurückweisen.

Auch die Bezirksleitung Schlesien der KPD. hat vor längerer Zeit der VSPD. und dem ADGB. den Vorschlag gemacht, eine gemeinsame Maifeier abzuhalten. Die VSPD. hat glatt abgelehnt, während der ADGB. bis heute noch nicht bestimmt geantwortet hat. So sabotieren die SPD.- und Gewerkschaftsführer die Einheitsfront des Proletariats gegen die Reaktion!

An den Arbeitern liegt es, über die Köpfe dieser Führer hinweg die einheitliche Kampffront der gesamten Arbeiterklasse zu formieren.

Der 1. Mai muß ein Tag einheitlicher Kampfparole des Proletariats werden!

Der Parteitag der KPR.

Am 21. April erstattete Trotzki den Bericht über die Industrie. Er charakterisierte das Wesen der neuen ökonomischen Politik und erklärte, ihre Hauptaufgabe bestehe erstens darin, die produktiven Kräfte des Landes vorwärts zu treiben und zweitens diese Kräfte in ein sozialistisches Fahrwasser zu lenken. Die ungenügende Produktivität der russischen Industrie erklärte Trotzki mit den großen Ausgaben, die aus der Instandsetzung der Industrie nach dem Zusammenbruch erwachsen waren. In der Zukunft sei es notwendig, die Produktivität zu steigern. Für den ersten Gewinn der Politik des neuen Weges hält Trotzki die Tatsache der zweifellosen Belebung der Industrie und der Erhöhung des realen Arbeitslohns. Trotzki zählt einige praktische Maßnahmen auf, die zur Hebung der Industrie notwendig seien, unter anderem, die Notwendigkeit eines guten Stabes wirtschaftlich gebildeter Arbeitskräfte und schloß seine Rede mit der Aufforderung, den Angriff auf der Wirtschaftsfront zu beginnen, und mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß es den Kommunisten gelingen werde, Rußland aus dem Elend zu befreien und den Kapitalismus abzutreiben.

An der Besprechung über Trotzkis Referat nahmen Chintschuk, Andreiew, Bogdanow, Krassin und andere teil. Krassin fand das Programm Trotzkis zur Wiederherstellung der russischen Industrie zu kleinlich und wies auf die Notwendigkeit hin, die russische Industrie durch heranziehung ausländischen Kapitals, in Form von Konzessionen und Anleihen zu beleben. Im Schlußwort führte Trotzki aus, daß niemand die Notwendigkeit der Zuziehung des ausländischen Kapitals geleugnet habe. Sowjetrußland werde den Moment abwarten können, in dem die Verträge mit dem Kapital für das Land nützlich sein werden. **Die Nationalisierung der Produktionsmittel bleibe der wichtigste Faktor des ökonomischen Lebens Rußlands.** Das Außenhandelsmonopol sei nicht nur prinzipiell, sondern auch praktisch gefestigt. Die Leitsätze Trotzkis wurden einstimmig als Basis angenommen und der Kommission überwiesen.

Moskau, 23. April

Der Parteitag erklärte die Fragen der **Steuerpolitik auf dem Lande.** Der erste Berichterstatter Kamenew führte aus, daß die Grundlage der ganzen bolschewistischen Politik auf der Unterstützung der proletarischen Diktatur durch die Bauern beruhe, was eine schonende Stellungnahme zum Bauerntum bedinge. Die Steuerpolitik dürfe sich nicht gegen den Bauern, der Heimarbeit leistet, wenden. Im vergangenen Jahre habe das Bauerntum 25 Prozent der Staatssteuern, darunter 17 Prozent direkte Steuern gezahlt. Im kommenden Jahre werde die direkte Besteuerung im Zusammenhang mit der Vergrößerung der Saatflächen auf 21 Prozent des Budgets steigen, das heißt, 420 Millionen Goldrubel betragen. Außerdem müsse das Bauerntum für seinen Bedarf Produkte der Staatsindustrie für 500 Millionen Rubel kaufen. Kamenew schätzt die Gesamthöhe der Produktion der Bauern auf vier Milliarden Rubel und hält diese Besteurung für nicht zu drückend. Sie sei geringer als in der Vorkriegszeit; der Staat müsse den Bauern entgegenkommen durch die allmähliche Verwandlung der Naturalsteuer in Geldsteuer, durch die Vereinigung aller Arten der Bauernbesteuerung in eine einheitliche Steuer und durch die Organisation der Ausfuhr des Bauerngetreides ins Ausland. Diese Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der Landwirtschaft beitragen, und die Kaufkraft der Bauernschaft erhöhen würden, würden auch zur Belebung der Staatsindustrie beitragen.

Der zweite Redner Kalinin besprach das Ausgabebudget Rußlands und erklärte, daß 32 Prozent davon die Ausgaben für das Transportwesen betragen, dessen Bedeutung dem Bauerntum jetzt klar sei. Nur dank der Wiederherstellung des Transportwesens sei es gelungen, viele Millionen Bauern vor dem Hungertod zu retten. Die Bauern hätten begriffen, daß die erhobenen Steuern auf einem anderen Wege wieder an die werktätige Bauernmasse zurückkehren. Der Volkskommissar für Finanzen, Sokolnikow, nimmt an, daß drei Fünftel der Steuern in Geldform und zwei Fünftel in Naturalsteuern erhoben werden könnten, wobei die Geldsteuer hauptsächlich in den konsumierenden und die Naturalsteuer in den produzierenden Gouvernements erhoben werden solle.

Stalin erstattete Bericht über die nationalen Fragen und führte aus, die Grundlage der Parteipolitik in dieser Frage sei der Kampf mit dem großrussischen Chauvinismus, mit der tatsächlichen Ungleichheit der verschiedenen Nationalitäten und mit der chauvinistischen Orientierung einiger nationaler Minderheiten. Indem sie einen Verband der Sowjetrepubliken schaffe, sehe die kommunistische Partei seine Hauptstärke in einem brüderlichen Zusammenleben der Völker und glaube, daß nur beim freiwilligen Zusammenschluß und bei der rechtlichen Gleichheit der Mitglieder des Verbandes letzterer stark sein werde.

Genosse und Genossin werbe eifrig für Dein Partei-Organ.

Kommunistische Literatur.

Soeben neu erschienen: **Vom Kleinbürger zum Bolschewik.** Von Dr. Fritz Brupbacher-Zürich. Preis 12 000 Mk. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

Die Umformung der Welt, oder — wenn man so will — die Weltkatastrophe, die mit dem Ausbruche des großen Krieges ihren Anfang nahm, sich in den großen Revolutionen in Rußland und Deutschland fortsetzte, hat naturgemäß auch schwere geistige Wandlungen bei Einzelindividuen und ganzen Volksschichten herbeigeführt. Der Autor des vorliegenden Buches, der Züricher Arzt und Schriftsteller Dr. Burpbacher, schildert die Umwandlung „des Kleinbürgers zum Bolschewik". Dieser „Kleinbürger gehört der Schicht an, die man als „Intellektuelle" zu bezeichnen pflegt. Sein Werk ist, wie schon der Titel sagt, ein Entwicklungsroman des Intellektuellen. Es ist von besonderem Reiz, in diesem Buche die Umgestaltungen zu verfolgen, die die kolossalen Weltgeschehnisse weniger Jahre in der geistigen Wesenheit dieses „Kleinbürgers" hervorgerufen haben. Die Beziehungen zu vielen Dingen dieser Welt, mit denen sich der „Intellektuelle" bis dahin nur lose verbunden fühlt, straffen sich, gewinnen in seinen Augen die Plastik der Bedeutung und erwachsen schließlich zu blutfrischem Leben, dessen teilweise unheimliche Erscheinungen den Beobachter abstoßen, anregen, bald mit Entzücken, bald mit Schauder erfüllen, ihn aber in immer stärkerem Grade fesseln und nicht mehr loslassen, bis sie in das Buch gebannt sind. So ist ein guter Teil des Buches persönliches Bekenntnis, aus einem scharfen Intellekt und in einem weiträumigen Seelenbezirk herangiehen und von einer feinen Künstlerhand mit der literarischen Gestalt ausgestattet. Aus rein sachlichen Antrieben entstanden, verleugnet es diese Sachlichkeit auf keiner Seite. Ein bis zur Selbstdurchdringung ehrliches Buch. Was Schonungslosigkeit gegenüber der eigenen Person, der politischen Stellung und all der in gleicher Linie Mitstrebenden angeht, so wird Brupbachers Buch unter den gesamten, aus den letzten Jahren stammenden Bekenntnisbüchern der erste Platz angewiesen werden müssen. Der scharfsichtige Beobachter und scharfzüngige Charakteristiker umfaßt alle Auen unseres Lebenslandes: Staat und Gesellschaft, Familie und Ehe, Kunst, Wissenschaft, Philosophie. Er enthüllt die Menschlichkeiten des auf der Tribüne agierenden Politikers, des predigenden Kanzelmannes, des dräuenden Revolutionärs, des „geordneten" Familienvaters wie des reißenden Boheme-Wolfes. Er folgt — nicht errötend — den Spuren holder Jungfräulein und schwänzelnder Kokotten. — Mit einem Wort: er bringt in seinem prächtigen Buche das Wort des dänischen Dichters zu Ehren: Wir Menschen würden uns viel weniger einbilden, wenn wir uns besser kennen würden! . . .

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johannes Hartsch; für den Inseratenteil: Max Zschocher; Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD

Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 5837. Sprechstunden: Mittwoch, Freitag, Trebnitzerstr. 50.

Achtung Arbeitslose! Alle Arbeitslosen, Kurzarbeiter und Sympathisierenden mit der KPD., besonders Leser der Schlesischen Arbeiter-Zeitung sammeln sich am 1. Mai früh 8 Uhr in Schlettwerder, von dort geschlossener Abmarsch nach dem Schloßplatz.

Breslau. Sonnenkursus. Freitag, 28. April, abends pünktlich 7,30 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße, Beginn des Unterrichts. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

— Freitag, den 27. April, abends 5—7 Uhr, empfangen sämtliche Distriktsführer im Parteilokal, Nikolaistr., wichtiges Material. Keiner darf fehlen.

— Freitag, den 27. April, abends 6 Uhr, erscheinen alle Distriktsliteraturobleute im Parteilokal, Nikolaistr., zur Empfangnahme von Material. Keiner darf fehlen.

— Montag, den 30. April, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistraße, Sprechchor.

— **Distrikt 1.** Sonntag früh 7,30 Uhr, treffen sich die Genossen und Genossinnen am Universitätsplatz (Gerichtsbrunnen) zwecks Abmarsch mit Fahne zum Meeting in Schlettwerder.

— **Distrikt 5.** Freitag, den 27. April, abends 7 Uhr, Distriktsversammlung bei Kabl, Bürgerwerderstraße. Sämtliche Mitglieder haben mit ihren Frauen zu erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

— **K. S.** Samstag, den 28. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Uebungsstunde.

Gottesberg, oberes Revier. Kontrolleurschaft. Sonntag, den 29. April, vorm. 9 Uhr, im „Schützenhaus" in Gottesberg, Sitzung der Kontrolleurschaften. Sämtliche Mitglieder von Gottesberg, Fellhammer, Oberhermsdorf, Altlässig müssen vertreten sein.

Jen-Salzbrunn—Konradsthal. Sonntag, den 29. April abends 7 Uhr, im „Hirschberaum" kombinierte Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend. Jeder Genosse hat mit Frau zu erscheinen.

Hülgersdorf. Montag, den 30. April, abends 7,30 Uhr, Versammlung bei Gen. Steuhmann. Referent erscheint 1 Stunde früher.

— **Kaiser.** Früh 8 Uhr gemeinsames Antreten mit Fahne zum Sammelplatz bei Reichelt in Bärsdorf. Pünktliches Erscheinen ist revolutionäre Pflicht. Sympathisierende und Zeitungsleser ersuchen wir, mit uns anzutreten. Abends 7 Uhr, bei Reichelt öffentlicher revolutionärer Unterhaltungsabend, Referent in Vortrag, Gesang, Rezitationen und Gedichte. Mitwirkende erscheinen um 5 Uhr.

KJD

Bezirksleitung: Max Glüser, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 66596 Max Glüser.

Waldenburg. Sonnabend, den 28. April, Heimabend im „Kaiserkrone". Genosse Schmidt (Waldenburg) spricht über „Betriebsgemeinschaft".

Freiburg. Montag Heimabend in der evangel. Schule. Genosse Sagner (Gellhammer) spricht über „Bürgerliche und Rote Armee".

Liebau. Sonnabend, den 28. April, Heimabend im „Grünen Baum", Trautenauerstraße. Genosse Kunze (Freiburg) spricht über „Warum fordern wir Arbeiterregierung."

Gottesberg, Waldenburg. Sonntag, den 29. April, abends 6 Uhr, im F-Hammer „Zur Schönen Aussicht" Kreisleitungssitzung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.

Jugendgruppen des Kreises Waldenburg. Sonntag, den 29. April, nachm. 4 Uhr, findet ein großes Massen-Meeting statt, einberufen von den revolutionären Betriebsräten Waldenburgs. Alle Ortsgruppen werden ersucht, geschlossen mit Fahnen teilzunehmen. Die Kreisbildungsausschußsitzung findet nach dem Meeting im Parteilokal Auenstraße statt.

— Um 2 Uhr, ebenfalls in Fellhammer „Schönen Aussicht" Bergarbeiter-Jugendkonferenz. (Näheres im Lokalen Teil.)

KKG

Kommunistische Kinder-Gruppe. Bezirksleitung: Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Liebau. Sonntag, den 29. April, nachm. 1 Uhr, findet unsere Heimversammlung statt. Arbeiteretern sendet Eure Kinder zu uns in die Kindergruppe.

Gewerkschaften

Breslau. Achtung Chemiker. Montag, den 30. April, abends 7 Uhr, wichtige Fraktionssitzung im Parteibüro. Pflicht eines jeden Genossen ist es, zu erscheinen. Parteibuch dient als Ausweis.

Freiburg i. Schles. Gewerkschaftskartell. Sonnabend, den 28. April, abends 7 Uhr, im „Deutschen" Vorstandssitzung, wozu sämtliche Gewerkschaftsvorstände und Betriebsrat-Komitee erscheinen müssen.

Andere Organisationen

Breslau. Bayerische Arbeiter-Union. Am kommenden Sonntag, den 29. April, vormittags Punkt 9 Uhr, findet im großen Saale des „Schießwerders" eine Massenversammlung statt. Wir verweisen hierzu auf unsere heutige im Inseratenteil enthaltene Bekanntmachung.

Sehr guter Wachhund mit Hütte

preiswert zu verkaufen.

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H.

Breslau, Trebnitzerstr. 50

Genossen tut Eure Pflicht und verbreitet Euer Partei-Organ!

Auf zur Massenversammlung

am Sonntag, den 29. April, vormittags Punkt 9 Uhr, im groß. Schießwerdersaal

Genosse Heynemann aus Dresden

spricht u. a. über

Die Maifeier und das Proletariat

Erscheint in Massen und verschafft Euch geistiges Rüstzeug zur endgültigen Niederwerfung der Bourgeoisie.

Allg. Arbeiter-Union Deutschlands.

K. P. D. / Ortsgruppe Konradsthal

Mai-Feier

im Goldenen Frieden

Programm: Festrede, Prolog, Mandolinenkonzert, Rezitationen, Gesänge.

Konzert: Mandolinenklub Neu-Salzbrunn.

Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.

Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Soeben neu erschienen:

Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland

Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit

von Willi Münzenberg.

Broschiert, 38 Seiten stark.

Preis 200.— Mark.

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50 Abteilung Buchhandlung.

Druckerei-Genossenschaft „Oberschlesien" e. G. m. b. H. Gleiwitz.

Am Sonntag, den 29. April 1923 nachm. 4 Uhr, im Hüttengasthaus

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Geschäfts- u. Kassenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.

Am Sonntag, den 29. April 1923 nachm. 2 Uhr, im Hüttengasthaus

Sitzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Zahle

für Rohprodukten jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle

die höchst. Tagespreise

Genosse Kraule, Reuschestrasse 50.

Soeben neu erschienen:

Das freie Land!

Kommunistischer Bauern-Kalender für das Jahr 1923

mit 2 Kunstbeilagen und 1 Wandkalender

Preis 200.— Mark

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50